



12. Stadtratsprotokoll / 12^e procès-verbal du Conseil de ville

**Sitzung vom Donnerstag, 13. Oktober 2016, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 13 octobre 2016 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Bösch Andreas, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Dillier Adrian, Diop Mamadou, Donzé Pantazis Chantal, Fischer Pascal, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Gurtner-Oesch Sandra, Hadorn Werner, Hugentobler Yves, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Löffel Christian, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Rindlisbacher Hugo, Ritter Jeremias, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Steinmann Alfred, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Thomke Friedrich, Trachsel Alessandro, Wendling Cécile, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Freuler Fritz, Gugger Sandra, Habegger Markus, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Känzig Urs, Kugathas Sakitha, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pichard Alain, Pittet Natasha, Schor Alfred, Wiederkehr Martin

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Hadorn Werner, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Affaires traitées / Behandelte Geschäfte	Page/Seite
134. Mitteilungen Stadtratsbüro	467
132. 20150026 Reglement über die gesunde Ernährung in den städtischen Betreuungsstrukturen / Gemeindeinitiative "Für eine gesunde Ernährung" / Fortsetzung	467
135. 20160072 Budget 2017	469
• Allgemeine Debatte	469
○ Präsidialdirektion	482
○ Direktion Soziales und Sicherheit	482
○ Finanzdirektion	484
○ Direktion Bildung, Kultur und Sport	485
○ Direktion Bau, Energie und Umwelt	486
• Botschaft	489
136. 20160072 Finanzplan 2017-2021 (Planjahre 2018-2020)	493
137. Dringliches Postulat 20160150, Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, "Neue Stellen in der DSS: ja, aber wie..."	502
138. Postulat 20160080, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Einführung einer erweiterten "Handwerker-Parkkarte"»	504
139. Postulat 20160079, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Kunsteinkäufe beschränken"	505
140. Interpellation 20160081, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Neumarktplatz: wie weiter?"	506
141. Neueingänge / <i>Nouvelles interventions</i>	507

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich bitte Sie, Platz zu nehmen und eröffne die Stadtratssitzung. Ich habe eine etwas weichere Eule mitgebracht, nehme ich doch an, die heutige Sitzung wird etwas weniger ruppig als die gestrige.

134. Mitteilungen Stadtratsbüro

Auf den Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- überarbeiteter Beschlussesentwurf zum Geschäft 20150026 «Reglement über die gesunde Ernährung in den städtischen Betreuungsstrukturen / Gemeindeinitiative «Für eine gesunde Ernährung»
- Zeitschrift «Vision 2035»

Zudem möchte ich Sie darüber informieren, dass die Sitzungsdaten 2017 ab sofort auf der Website des Stadtrates publiziert sind und die Daten auch in Ihre elektronischen Agenden importiert werden können.

132. 20150026 Reglement über die gesunde Ernährung in den städtischen Betreuungsstrukturen / Gemeindeinitiative "Für eine gesunde Ernährung" / Fortsetzung

Das Initiativkomitee hat beschlossen, die Initiative "Für eine gesunde Ernährung" zurückzuziehen. Ich wurde gebeten, eine entsprechende Erklärung des Initiativkomitees vorzulesen:

"Industriell verarbeitete Lebensmittel haben keinen Platz mehr in den Bieler Schulen!

In Zukunft essen alle unsere Kinder in den Bieler Schulen und in den städtischen Betreuungsorganisationen lokal verarbeitete Mahlzeiten aus möglichst lokalen, saisonalen und biologischen Zutaten. Verarbeitung und Zubereitung werden altersgerecht durchgeführt. Möglicherweise schädliche Kunststoffe oder andere schädliche Materialien sind bei der Herstellung, Lagerung und zum Transport der Lebensmittel verboten. Mit dem Vermeiden langer Anfahrts- und Transportwege durch den Bezug bei lokalen Produzenten und mit der Nutzung geeigneter Mehrweggebinde trägt die Stadt Biel zu einer wesentlich besseren Ökobilanz bei.

*Der Stadtrat hat gestern das vom Gemeinderat vorgeschlagene und in enger Zusammenarbeit mit dem Initiativkomitee entwickelte Reglement genehmigt. **Das Initiativkomitee hat darum entschieden, das Initiativbegehren zurückzuziehen.***

Zentrales Anliegen des Initiativkomitees war und ist die Gesundheit der Kinder, gleichzeitig möchte das Komitee eine möglichst rasche Umsetzung und keine finanzielle Mehrbelastung der Eltern. Aus diesen Gründen hat das Initiativkomitee die

Initiative zurückgezogen, obwohl der Betrieb der Küchen durch Dritte ermöglicht werden soll.

Die Initiative und die breite Unterstützung der Bevölkerung haben ermöglicht, eine Lösung in einer seit Jahren unbefriedigenden Situation zu finden. Das Initiativkomitee freut sich, einen Beitrag zur gesunden, umweltfreundlichen und nachhaltigen Ernährung von Kindern und Jugendlichen geleistet zu haben.

Es dankt allen, die mit ihrem Engagement zum Erfolg beigetragen haben."

Wie Sie der Tischvorlage entnehmen können, wurde der Beschlussesentwurf gestützt auf den Rückzug der Initiative "Für eine gesunde Ernährung" angepasst. Ziffern II und III entfällt, dafür wird als neue Ziffer I. 5 eingefügt: "Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom mit heutigem Datum erfolgten Rückzug der Initiative und schreibt dieses von seiner Geschäftsordnung ab." Der Stadtrat berät nun noch über Ziffer I, Punkte 3-5 des Beschlussesentwurfs, wie er auf den Tischen aufliegt. Die Ziffern I. 1 und I. 2 wurden anlässlich der gestrigen Sitzung genehmigt.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU ist mit Ziffer I, Punkte 3-5, wie sie auf den Tischen aufliegen, einverstanden. Von ihr aus kann in globo darüber abgestimmt werden. Sie nimmt Kenntnis vom Rückzug der Initiative, findet es aber ungewöhnlich, dass sich der Stadtratspräsident zum Sprachrohr des Initiativkomitees machen liess. Aber bei dieser Initiative lief ja Verschiedenes etwas speziell... Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU hält fest, dass sie vorläufig mit dem gestern beschlossenen Reglement leben kann, auch wenn es viele ihrer Mitglieder nach wie vor als überflüssig erachten. Warum vorläufig? Es gilt nun, das Reglement so umzusetzen, wie es Herr Némitz namens des Gemeinderats gestern versprach. Die Umsetzung darf keine höheren Kosten für die Eltern und keine höhere Belastung für die Stadtkasse nach sich ziehen. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU wird dies in geeigneter Form begleiten. Sollte Herrn Némitz sein Versprechen nicht einhalten, wird das Reglement entsprechend anzupassen sein.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich schlage also vor, über Ziffer I.3 bis I.5 in globo abzustimmen. Wie ich sehe, wird dagegen nicht opponiert.

Abstimmung

- über Ziffer I.3 bis I.5 des Beschlussesentwurfs

Ziffer I.3 bis I.5 des Beschlussesentwurfs werden angenommen und die Ziffern II und III infolge Rückzuges der Initiative gestrichen

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates betreffend Reglement über die gesunde Ernährung in den städtischen Betreuungsstrukturen / Gemeindeinitiative «Für eine gesunde Ernährung» vom 24. August 2016, gestützt auf Art. 20 Abs. 3, Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Reglement über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungseinrichtungen wird mit Änderungen genehmigt.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Er kann das Reglement nur in Kraft setzen, wenn die Initiative zurückgezogen wird.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
4. Die Anliegen der Initiative für eine gesunde Ernährung werden in den Grundsatzüberlegungen zur Totalrevision der Stadtordnung berücksichtigt.
5. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom mit heutigem Datum erfolgten Rückzug der Initiative und schreibt diese von seiner Geschäftsordnung ab.

135. 20160072 Budget 2017

Allgemeine Debatte

Strobel Salome, GPK: Ich danke allen, die am Bericht zum Budget mitgearbeitet haben. Der Bericht ist gut aufgebaut und lesbar. Auf den ersten Blick präsentiert der Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget. Der allgemeine steuerfinanzierte Haushalt weist einen Ertrag von CHF 381,13 Mio. und einen Gesamtaufwand von CHF 381,17 Mio. und damit ein Defizit von CHF 0,05 Mio. aus. Der zweite Blick auf das Budget offenbart aber, dass dieses Resultat nur möglich ist dank einer Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung Buchgewinne. Das bringt das Bild des ausgeglichenen Budgets ins Wanken. Letztes Jahr stimmten Stadtrat und Volk einer Steuererhöhung und Sparmassnahmen als Folge der nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS) zu. Trotzdem ist das Budget nun nicht im Lot, weil der Aufwand stetig zunimmt. Auf der Ertragsseite sind keine solchen Zunahmen absehbar und ob die budgetierten Steuererträge bei den juristischen Personen erreicht werden können, ist kaum vorhersehbar. Für die GPK sind budgetierte Steuerertragswerte unsicher und sind dabei der Schwachpunkt des vorliegenden Budgets. Die GPK hat den Eindruck, dass in diesem Bereich etwas gar positiv budgetiert wurde, zumal auch die Kosten für den Transferaufwand von Jahr zu Jahr steigen. Eine scheinbar unabwendbare Spirale... Der Gemeinderat kann gegen den Teil der Transferzahlungen, die Bestandteil des Finanz- und Lastenausgleichs (FILAG) sind, anscheinend nichts unternehmen. Die Berechnungsformeln sind gesetzlich festgelegt. Die wichtigsten Kostentreiber sind die Einwohnerzahl, die Schülerzahlen sowie die Anzahl Ergänzungsleistungen (EL)- und Sozialhilfebeziehende. Dazu kommen die

Abgeltungen für den öffentlichen Verkehr (öV) und die Kosten für die Sicherheit, weil bei der Kantonspolizei zu den Grundkosten weitere Kosten dazukommen. Im Vorbericht zum Budget steht auf Seite 11, dass von den rund CHF 221 Mio. Transferaufwand mittel- und langfristig durch die Stadt selber nur CHF 30 Mio. beeinflusst werden könnten. Deshalb wollte die GPK wissen, worin dieser Spielraum besteht: Zum Teil geht es um die Defizitgarantie und Unterhaltsbeiträge an die CTS, die grundsätzlich freiwillig sind. Der Kanton schreibt der Stadt die Erbringung dieser Beiträge nicht vor. Gleiches gilt für die städtischen Subventionen und Beiträge an private Organisationen. Es steht der Stadt frei, diese ganz oder teilweise zu streichen. Darüber haben sich aber die Stadtratsmitglieder bereits letztes Jahr im Zuge der NHS-Debatten die Köpfe zerbrochen... Damit komme ich zu denjenigen NHS-Massnahmen, die auch nicht so richtig in Schwung zu kommen scheinen. Im Budget wird dargelegt, dass dank den NHS-Massnahmen CHF 12 Mio. eingespart werden können. Ohne dieses Sparpaket stünde das Budget also nochmals um CHF 12 Mio. schlechter da. Gemäss Auskunft der Finanzdirektion sind im Moment etwa 24 von 58 Massnahmen umgesetzt, was ungefähr 40% aller Massnahmen entspricht. Darunter fallen Massnahmen wie der Verzicht auf den Druck des Geschäftsberichts, den reduzierten Beitrag an das Schachfestival, die Streichung der Verbilligung der Bus-Abonnemente für EL-Beziehende und so weiter. Ungefähr weitere 10 Massnahmen sind auf Kurs. Das entspricht zirka 20% der Gesamtmassnahmen. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Haltestellendichte im öV, weniger Kommunikationsbeiträge für Events oder die Abgeltungen an die Kantonspolizei gemäss Ressourcenvertrag. Bei 29% der Massnahmen (17 Massnahmen) muss mit Abweichungen vom Plan gerechnet werden. Darunter fallen Sanktionen bei der Sozialhilfe, Automatisierung des Spesenabrechnungsprozesses, Zentralisierung der Kreditorenbuchhaltung und so weiter. Vier Massnahmen wurden im Zusammenhang mit dem Budget 2016 sistiert und drei weitere Massnahmen werden als kritisch beurteilt. Alle noch nicht umgesetzten NHS-Massnahmen werden von den Direktionen weiterbearbeitet. Fazit: die finanziellen Auswirkungen der NHS-Massnahmen für 2017 wirken sich erst auf den Jahresabschluss 2018 effektiv aus. Hoffen wir also das Beste... Es dürfte allen klar sein, dass es so nicht weitergehen kann. Im Hinblick auf den Wahlherbst hat der Gemeinderat den sicheren und unaufgeregten Weg gewählt. Die Finanzkennzahlen zeigen aber klar, dass die Situation Biels ernst ist und die Nettoverschuldung deutlich zunimmt. In den kommenden Jahren braucht es also ein Umdenken und neue Ideen. Für das nächste Budget wünscht sich die GPK zudem eine bessere Lesbarkeit. Die heutige Darstellung ist eher summarisch und wenig transparent. Die GPK fordert deshalb eine transparente Auflistung aller Einlagen in und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen. In diesem Bereich gibt es sicher noch Entwicklungspotenzial. Trotz der ausgeführten Bedenken empfiehlt die GPK Eintreten und Zustimmung zum Budget.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich möchte in Erinnerung rufen, dass das Eintreten auf das Budget gemäss Art. 51 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) nicht bestritten werden kann. Wir führen im Moment eine allgemeine Debatte über das Budget.

Arnold Niels, Fraktion SP: Auch ich möchte mich bei den Mitarbeitenden der Finanzdirektion bedanken für die umfangreichen Unterlagen, die dem Stadtrat im Zusammenhang mit dem Budget 2017 zugestellt wurden. Die Fraktion SP wird dem vorliegenden Budget unter zwei Bedingungen zustimmen:

1. Die im Budgetkompromiss 2016 vereinbarten Leistungen an Dritte müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Aufgrund der Unterlagen wird nicht ganz klar, ob das der Fall ist. Die Fraktion SP erwartet diesbezüglich noch eine Auskunft der Finanzdirektorin.
2. Im Verlauf der Debatte dürfen keine Kürzungsanträge für Beiträge an Dritte angenommen werden.

Ansonsten möchte ich an dieser Stelle eine Gesamtsicht des Budgets ausführen, da ich davon ausgehe, dass das Budget anschliessend noch direktionsweise diskutiert wird. Wie die GPK-Sprecherin bereits erwähnt hat, sieht das Budget 2017 einen ausgeglichenen Abschluss vor, erreicht diesen aber nur aufgrund einer Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» (SGR 680.93). Das reale Defizit beträgt demnach ungefähr CHF 10 Mio.. Vor drei Monaten diskutierte der Stadtrat über den Rechnungsabschluss 2015, der mit einem Defizit von rund CHF 10 Mio. abschloss. Auch dafür wurde die Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» mit rund CHF 2,2 Mio. belastet. Die Jahresrechnung 2015 schliesst also fast mit dem gleichen Defizit wie das Budget 2017. Das finde ich erstaunlich. Zwar wurde vorgängig auf die Konjunktur und deren Einfluss auf die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen hingewiesen. Ich möchte aber an die Pressekonferenz zum Budget 2017 erinnern, anlässlich welcher die Finanzdirektorin erläuterte, dass die Steuererhöhung Mehreinnahmen von CHF 6 Mio. bewirke und die NHS-Massnahmen zu weiteren CHF 9 Mio. Einsparungen führten. Daher frage ich mich nun, wo ich diese Entlastung im Budget 2017 wiederfinde? Wo sind die zusätzlichen Steuereinnahmen geblieben? Dabei meine ich nicht nur die Steuern der juristischen Personen, sondern auch die Einkommenssteuern. Diese werden im Budget nicht ausgewiesen! Vielleicht wurden ja Reserven gebildet oder es wurde vorsichtig budgetiert (was unter Umständen sinnvoll sein kann). Jedenfalls erschliesst es sich aus dem Budget 2017 nicht. Sind die NHS-Massnahmen gar schon verpufft? Dazu hätte ich gerne noch eine schlüssige Erklärung der Finanzdirektorin.

Zu den Ergebnissen gemäss Budget 2017: Wie bereits gesagt wurde, fällt insbesondere das operative Ergebnis eher schwach aus. Der Verlust beträgt rund CHF 14,5 Mio.. Dieser wird durch Finanzerträge und die bereits erwähnte Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» ausgeglichen. Aber auch die Finanzierungsbasis ist relativ schwach, es ist kaum mehr Eigenkapital vorhanden. Die (wenn auch sicher notwendigen) Investitionen sind überdurchschnittlich hoch, was dazu führt, dass auch in Zukunft Fremdkapital aufgenommen werden muss. Im Budget 2017 sind dies konkret rund CHF 50 Mio.. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 0,63% - somit praktisch inexistent. Ich komme zum Schluss: dem vorliegenden Budget wird die Fraktion SP wie gesagt unter den eingangs erwähnten zwei Bedingungen, vor allem aber mangels Alternativen und im Interesse der Rechtssicherheit für nächstes Jahr zustimmen. Es fragt sich, wie die Strategie des Gemeinderates aussehen wird und wie es in Zukunft weitergehen soll.

Kaufmann Stefan, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Das vom Gemeinderat präsentierte Budget 2017 weist mit einem Defizit von CHF 34'400.- eine rote Null aus. Wie gehört, müssen dafür CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» entnommen werden. Für die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU dient das vorliegende Budget der Konsolidierung. Es ähnelt dem

Budget 2016, das vom Bieler Stimmvolk im April 2016 genehmigt wurde. Offenbar wollte der Gemeinderat kurz vor den Wahlen kein Risiko eingehen. Nach der NHS-Debatte kehrt nun also etwas Ruhe ein. Das Budget 2017 ist das zweite unter HRM2 und daher gewöhnungsbedürftig, denn das Erscheinungsbild ist neu und die vertrauten Zahlen fehlen. Das Milizparlament wird gefordert, vielleicht gar überfordert. Zudem wurde die heutige Stadtratssitzung in den Schulferien anberaumt und die Unterlagen werden dermassen knapp zur Verfügung gestellt, dass eine seriöse Vorbereitung fast unmöglich war. Diese Situation ist für die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU inakzeptabel. Trotzdem dankt sie dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Die Unterlagen sind ausführlicher als letztes Jahr und die Überlegungen des Gemeinderats sind nachvollziehbar dargestellt. Eine Verbesserung ist aber sicher noch möglich. Für das Budget 2018 wünscht sich unsere Fraktion, wie auch die GPK, mehr Details zu den Subventionen und zu den Veränderungen bei den Spezialfinanzierungen. Diese Informationen könnten dem Budget beigefügt werden. So müssten auch nicht mehr alle Stadratsmitglieder bei der Finanzdirektion nachfragen, was die Arbeit sicher erleichtern würde.

Zu den Zahlen: Der Personalaufwand steigt markant. Hauptverursacherin dafür ist die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS). Eine der Begründungen ist, wie bereits in der NHS-Debatte ausgeführt, dass mit der Erhöhung des Personalbestands künftig Einsparungen generiert werden können. Mir ist es heute noch ein Rätsel, wie mit mehr Personal Einsparungen möglich sein sollen. Diesen Beweis wird die DSS antreten müssen. (Allenfalls ist es dann ja möglich, die viel zu hoch budgetierten Busseneinnahmen zu erreichen...) Beim Sachaufwand kommt es zu einer Verschiebung. Das vorliegende Budget enthält entlastende Effekte, die zwar gut aussehen, aber relativ heikel sind. So werden Investitionen über CHF 50'000 unter HRM2 nicht mehr der Erfolgsrechnung belastet, sondern direkt als Investitionen aktiviert, was Abschreibungen auslöst. Gemäss Vorbericht zum Budget (Seite 15) wird der Sachaufwand 2017 dadurch um insgesamt CHF 1,77 Mio. entlastet. Bei den fraglichen Investitionen kann es sich beispielsweise um Drucker, Computer oder Autos handeln. Diese Investitionen werden nicht über 30 oder 40 Jahre abgeschrieben wie Liegenschaften, sondern relativ kurzfristig. Werden die im Vorbericht erwähnten CHF 1,77 Mio. also beispielsweise über 5 Jahre abgeschrieben, belasten sie die Jahresrechnung mit jährlich CHF 360'000.-. Bis in ungefähr fünf Jahren fällt folglich zwar der Sachaufwand tiefer aus, dafür ergibt sich ein Mehraufwand bei den Abschreibungen. Grundsätzlich finde ich das System aber richtig, denn die Kontrolle über die Gesamtinvestitionen verbessert sich.

Wie die Fraktion SP fragt sich auch die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, was aus den NHS-Massnahmen geworden ist. Die Verbesserung von CHF 12 Mio. setzt sich aus CHF 9,5 Mio. Einsparungen und CHF 2,5 Mio. Mehrerträgen zusammen. Vielleicht würde das Budgetdefizit ohne diese Massnahmen CHF 22 Mio. betragen... Die Finanzkennzahlen sind alles andere als gut. Ausser bei den Passivzinsen steht die Stadt überall sehr schlecht bis mittelmässig da. Die Passivzinsen sind nur dank der aussergewöhnlichen Zinssituation akzeptabel. Diese werden die Stadt aber eines Tages ganz brutal einholen. Ich hoffe, dass eine künftige Zinserhöhung nicht mit weiteren negativen Faktoren zusammenfallen wird, ansonsten hat die Stadt ein riesiges Problem. Wenn ich die Verantwortung dafür hätte, würden mir die Passivzinsen schlaflose Nächte bereiten... Auch mit dem vorliegenden Budget nimmt die Verschuldung der Stadt weiterhin zu. Sie kann ihre Investitionen eigentlich gar

nicht finanzieren. Deshalb wäre es gut, wenn in der Botschaft an das Stimmvolk künftig auch die Veränderung der Verschuldung ausgewiesen würde. So könnte beispielsweise vermerkt werden: *"Mit dem vorliegenden Budget steigt die Verschuldung der Stadt Biel auf CHF 750 Mio."*. Auch dies würde zur Transparenz beitragen. Ein grosser Teil der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU stört sich daran, dass dem Stimmvolk vorliegend ein ausgeglichenes Budget präsentiert wird. Damit wird diesem etwas vorgegaukelt, denn es kann nicht ahnen, welche Bedeutung die Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» hat. **Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU stellt deshalb den Antrag, im Budget nicht ein Defizit von CHF 34'400.- auszuweisen, sondern eines von CHF 9'734'700.-**, mit anderen Worten das Defizit vor der Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens». Die Entnahme aus der Spezialfinanzierung kann mit der Jahresrechnung 2017 vorgenommen werden. Unsere Fraktion findet, der Stadtrat ist der Stimmbevölkerung diese Transparenz schuldig. Während der NHS-Debatte verstanden viele Aussenstehende nicht, dass der Stadtrat über Beträge von CHF 10'000 so lange debattieren konnte. Es mag sein, dass er damals in seinem Eifer die richtige Flughöhe tatsächlich nicht ganz getroffen hat. Wenn der Stimmbevölkerung aber aufgezeigt werden kann, dass das Budget trotz Sparbemühungen nach wie vor ein Defizit von CHF 10 Mio. aufweist, sollte dies gesagt werden. Ich bitte um Unterstützung unseres Antrages.

Fischer Pascal, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: *"Ein Buch ist ein Spiegel. Wenn ein Affe hineinsieht, so kann kein Apostel herausgucken."* (Georg Christoph Lichtenberg, 1742 - 1799) Einmal mehr lässt das vorliegende Budget keinen wirklichen Sparwillen des Gemeinderats erkennen. Er geht den Weg des geringsten Widerstands, indem er das Budget vom Februar 2016 nimmt, darin das kleine strukturelle Defizit korrigiert, jedoch keine weiteren, grösseren Sparversuche unternimmt. So kommt die Stadt nicht vorwärts, das ist Treten an der Stelle! Obwohl der Gemeinderat weiss, dass sich die Steuererträge bei den natürlichen Personen in den letzten Jahren nicht veränderten und die Transferzahlungen wegen der wachsenden Einwohnerzahl überproportional anstiegen, hält der Gemeinderat nichts von einem smarteren Budget. Laut seiner Aussage kann die Stadt nur CHF 30 Mio. oder 13% des Transferaufwandes selber beeinflussen. Konsequenter wäre es, wenn versucht würde, davon 10% einzusparen. Wenn man bedenkt, dass sich der Cash flow gegenüber dem letzten Jahr um rund CHF 3,5 Mio. auf CHF -48,5 Mio. verschlechtert hat, kann trotz NHS kaum von einem ausgeglichenen Budget gesprochen werden. Am meisten irritiert mich, dass CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» entnommen werden sollen. Dieses Geld ist nur fiktiv vorhanden. Es wäre viel besser, dieses fiktive Geld für Sinnvolleres, wie beispielsweise die Sanierung von Schulhäusern, zu verwenden. Wäre es nicht langsam an der Zeit, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen, mit offenen Karten zu spielen und aufzuzeigen, wie es um die städtischen Finanzen wirklich steht? Wie wäre es, wenn der Gemeinderat für einmal ein ehrliches Budget mit einem Defizit von rund CHF 10 Mio. vorlegen würde? So könnte das Stimmvolk entscheiden, ob Biel weiterhin in Saus und Braus leben können soll oder ob dem Stimmvolk etwas an der Stadt liegt und es dafür gewisse Abstriche in Kauf nimmt. Zeigen wir Georg Christoph Lichtenberg, dass er nur zu einem gewissen Teil Recht hatte und der Bieler Stadtrat heute, 300 Jahre später, fähig ist, in ein Buch zu schauen ohne einen Affen erblicken zu müssen. Die Fraktion

SVP/Die Eidgenossen kann das vorliegende Budget nicht akzeptieren. Sie wird sämtliche Anträge, die zu dessen Verschlechterung führen, ablehnen.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat für die Erarbeitung des vorliegenden Budgets. Sie begrüsst insbesondere, dass dieses an die Vorgaben des Budgets 2016 anlehnt, über die das Stimmvolk vor erst sechs Monaten abgestimmt hat. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Grundlagen noch immer ungefähr die gleichen sind. Deshalb ist es nur folgerichtig, nun mit dem Budget 2017 die gleiche Richtung einzuschlagen. Trotzdem ist die Fraktion Grüne nicht begeistert. Es handelt sich nach wie vor um ein Sparbudget. Die Mittel für die Verwaltung sind sehr knapp gehalten, was sich beispielsweise am schönfärberischen Begriff des "*Fluktuationsgewinns*" zeigt. Eigentlich handelt es sich eher um einen Fluktuationsverlust, wenn das Personal die Stadt verlässt und sein Know-How mitnimmt, zumal die nahtlose Nachfolge nicht gewährleistet werden kann. Die Fraktion Grüne vertraut darauf, dass die in der zweiten Version des Budgets 2016 erkämpfte Unterstützung für diverse Institutionen im gleichen Mass weitergeführt wird. Die Beiträge sind tief angesetzt und erlauben den Institutionen nur knapp zu überleben. Deshalb möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der unserer Fraktion besonders wichtig ist: ein Budget ist nicht nur Zahlenstapelei, sondern bildet ab, was die Stadt für ihre Einwohnenden tut und welche Dienstleistungen sie erbringen will. Die Zahlen sind nur deren Abbild. Der Stadtrat muss sich demnach an den zu erbringenden Dienstleistungen orientieren. Die Fraktion Grüne wiederholt das regelmässig, damit klar wird, wofür die Budgetdebatten überhaupt geführt werden.

Nun aber trotzdem zu den Zahlen: Der Fraktion Grüne gefällt das operative Defizit von weiterhin CHF 20 Mio. auch nicht, dies umso mehr, als ja höchstwahrscheinlich noch weitere Sparmassnahmen anstehen. In der Budgetdebatte vor einem Jahr forderte die Fraktion Grüne deshalb eine Steuererhöhung um zwei bis zweieinhalb Steuerzehntel. Die daraus hervorgehenden Mehreinnahmen hätten heute ein ausgeglichenes Budget ermöglicht. Das wäre aus unserer Sicht jedenfalls eine bessere Lösung gewesen als der heutige Vorschlag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU. Sie will dem Stimmvolk trotz Sparbemühungen ein Budget mit einem Steuerfuss von 1,63 und einem Defizit von CHF 9,7 Mio. unterbreiten und provoziert damit die Ablehnung des Budgets 2017. Mir kommen jedenfalls keine anderen, plausiblen Gründe für den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU in den Sinn. "Transparenz" als Argument verfährt nicht. Auf den Tischen liegt auch ein Antrag der Fraktion GLP auf, der in der Botschaft für mehr Transparenz sorgen will. Diesen Weg findet meine Fraktion richtig. Der plötzliche Widerstand gegen Entnahmen aus Spezialfinanzierungen findet die Fraktion Grüne seltsam. Ich las extra noch das Protokoll der Budgetdebatte vom 14. und 15. Oktober 2015 nach. In den damaligen Voten störte sich offenbar niemand an solchen Entnahmen. Gerade die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU will Spezialfinanzierungen sonst ja meistens auflösen. Auch aus diesem Blickwinkel heraus wäre daher der Zeitpunkt für eine Entnahme sicher gekommen. Wieso kommt es also zu diesem Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, welcher zudem die eigene Finanzdirektorin desavouiert? Vermutlich erleidet der Antrag ohnehin schon heute Abend im Stadtrat Schiffbruch, sicher aber beim Volk... Dieser Antrag schafft keine zusätzliche Transparenz, im Gegenteil: im Nachhinein müssten noch mittels Nachkrediten Korrekturen vorgenommen werden. Insofern verbleibt nur eine plausible Erklärung: der Antrag ist für mich Ausdruck eines öffentlich gewordenen Familienstreits. Pragmatiker und

Prinzipienreiter innerhalb der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU sind sich uneinig und tragen ihre Differenzen nun in den Stadtrat. Das birgt das Risiko, dass die städtische Budgetdiskussion von verletzten Befindlichkeiten überschattet wird. Dabei gäbe es sicher wichtigere Fragen zu klären.

Das Referendum gegen die ungerechte Unternehmenssteuerreform III (USR III) ist zustande gekommen. Innerhalb des nächsten halben Jahres wird darüber abgestimmt. Im Fall einer Annahme der USR III wird der Stadtrat nächstes Jahr nicht mehr nur über ein Defizit von CHF 10 Mio. zu befinden haben, sondern er wird sich mit der Frage befassen müssen, wie ein doppelt so hohes Defizit aufzufangen sei. Diese Frage werden sich auch die Bürgerlichen stellen müssen. Folgen sie der nationalen Parteilinie? Unterstützen sie die Schaffung von ungerechten Steuerprivilegien für meist ausländische Unternehmen? Oder setzen sie sich nicht eher für gesunde städtische Finanzen ein? Die Finanzdirektorin ist eine eifrige Verfechterin des zweiten Ansatzes, wofür ihr die Fraktion Grüne Anerkennung zollt. Unsere Fraktion findet, der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU würde es besser anstehen, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen, statt sich in buchhalterischen Spitzfindigkeiten zu verlieren. In der nächsten Legislatur müssen die Positionen in dieser Frage bezogen sein, damit künftig Allianzen geschmiedet und zusammengearbeitet werden kann. Für die Fraktion Grüne ist die USR III eine der grössten Herausforderungen der nächsten Jahre. In diesem Bewusstsein stimmt sie dem Budget 2017 zu, auch wenn es sich dabei nur um eine Zwischenetappe handelt. Die grossen finanztechnischen Fragen folgen noch. Ich fordere die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU in dem Sinn auf, ihren Antrag zurückzuziehen und sich den echten finanzpolitischen Herausforderungen zu stellen und sich nicht in Spiegelfechtereien zu ergehen.

Gugger Reto, Fraktion BVP/CVP/BDP: Auch die Fraktion BVP/CVP/BDP hat das vorliegende Budget diskutiert. Dem Dank an die Verwaltung für die Zusammenstellung der Zahlen und den ausführlichen Bericht schliesst sie sich an, ebenso aber auch der Kritik, dass es nicht immer einfach ist, die Veränderungen von HRM1 zu HRM2 nachzuvollziehen.

Nun zur eigentlichen Würdigung unserer Fraktion: Viele Effekte aus den NHS-Massnahmen haben noch nicht ihre volle Wirkung entfaltet. Die Fraktion BVP/CVP/BDP zählt darauf, dass diese in den nächsten Jahren verstärkt das Budget beeinflussen werden. Mit einem Defizit von CHF 9,7 Mio. kann unserer Fraktion leben, auch wenn sie natürlich keine Freude daran hat. Es zeigt sich, dass nicht vorrangig ein strukturelles Defizit vorliegt, sondern ein konjunkturelles. Derzeit sind die Wirtschaftszahlen einfach wenig erfreulich und die Steuereinnahmen der juristischen Personen unbefriedigend. Auch die Fraktion BVP/CVP/BDP wünschte sich mehr Transparenz. Sie möchte, dass das Stimmvolk auf den ersten Blick sieht, weshalb das vorliegende Budget ausgeglichen ausfällt und wieviel Geld dafür aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» entnommen werden muss. Ihrer Erfahrung nach haben viele StimmbürgerInnen Mühe mit den Abstimmungsunterlagen und lesen nicht alles. Deshalb wünschte sich die Fraktion BVP/CVP/BDP, dass die Entnahme aus der Spezialfinanzierung in der Abstimmungsbotschaft etwas prominenter erscheint. Ansonsten vertraut sie der Finanzdirektorin und ihren Mitarbeitenden, dass diese das Budget korrekt erstellt haben, auch wenn sich einige Details nicht mehr so gut finden lassen wie in früheren

Versionen. Die Fraktion BVP/CVP/BDP wird das vorliegende Budget annehmen. Dabei geht sie davon aus, dass keine Änderungsanträge gestellt werden. Sollte es noch zu Budgetverschlechterungen kommen, behält sich unsere Fraktion vor, anders zu entscheiden und den einen oder anderen Sparantrag zu unterstützen.

Briechele Dennis, Fraktion GLP: Nach den stürmischen Debatten über die letzten Budgets ist das Budget 2017 ein solches der Konsolidierung. Verglichen mit den vorjährigen Planwerten zeigt sich, dass der eingeschlagene Weg nicht ganz falsch war. Die Planwerte für 2017 waren vor wenigen Jahren noch viel dramatischer als jetzt. Allerdings ist auch das vorliegende Budget nicht ausgeglichen, obschon es der Gemeinderat so nennt. Operativ resultiert ein Verlust von CHF 8,4 Mio.. Die scheinbar rote Null kommt zustande durch Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens», also durch die Inanspruchnahme unserer Reserven. Das Budget ist und bleibt also nach wie vor defizitär. Vor diesem Hintergrund erstaunten mich die Ausführungen des Fraktionssprechers der SP, der - verglichen mit früheren Jahren - eine kritische Würdigung abgegeben hat. Ich finde sogar, ein Grossteil seines Votums hätte auch von der Fraktion GLP stammen können... Ich möchte zurückkommen auf die vorgesehene Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens», mit welcher das Defizit gedeckt werden soll. Der Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU zeigt, dass diese Thematik den Stadtrat noch etwas weiter beschäftigen wird. Ich habe zu dieser Spezialfinanzierung schon sehr unterschiedliche Ansichten gehört. Bei den Linken gibt es beispielsweise Stimmen, die behaupten, es sei kein Problem, Defizite über Entnahmen aus dieser Spezialfinanzierung zu decken, weil sie ja regelmässig durch die Liegenschaftsverkäufe der Stadt gespiesen werde. Es gibt also Stimmen, die behaupten, diese Spezialfinanzierung sei eine stetige Finanzierungsquelle. Das ist für mich allerdings keine sehr konsequente Haltung. Im Stadtrat wurde vor Kurzem beschlossen, den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker zu fördern. Das läuft der bisherigen, primär gewinnmaximierenden Landpolitik der Stadt zumindest teilweise zuwider. Gerade mit Blick auf die nächste Legislatur möchte ich dem Stadtrat in Erinnerung rufen, dass es keinen "*Fünfer und Weggli*" gibt! Sich darauf zu verlassen, dass weiterhin Buchgewinne munter sprudeln und zur Defizitdeckung dienen, scheint mir in diesem Zusammenhang sehr riskant.

Im vorliegenden Budget kommen nun auch die beschlossenen NHS-Massnahmen zum Tragen. Der Gemeinderat rechnet damit, im Jahr 2017 Massnahmen im Umfang von CHF 12 Mio. umsetzen zu können. Wie der Gemeinderat im Rahmen der NHS-Debatte mehrmals betonte, habe auch ich persönlich immer gemeint, dass die Erhöhung des Steuersatzes ebenfalls ein Teil der NHS-Massnahmen ist. Wenn dem so ist, müsste aber eigentlich von CHF 18 Mio. ausgegangen werden, da die Steuererhöhung nochmals rund CHF 6 Mio. einbringen soll. Jedenfalls entsprechen diese Werte ziemlich genau den Planwerten aus den NHS-Massnahmen. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat zumindest in der Budgetierung davon ausgeht, dass die Planungswerte vollumfänglich eingehalten werden können. Entsprechend haben mich nun allerdings die Ausführungen der GPK-Sprecherin aufgeschreckt. Welches ist der heutige Stand? Lassen sich die prognostizierten CHF 12 Mio. tatsächlich realisieren - oder etwa doch nicht, wie das Votum der GPK-Sprecherin vermuten lässt? Sollte zweiteres der Fall sein: bedeutete dies, dass ein höheres Defizit als das budgetierte zu erwarten ist? Die GPK-Sprecherin hat auch von "kritischen"

Massnahmen gesprochen. Ich würde gerne erfahren, um welche es sich handelt und vor allem, wie finanziell gewichtig sie sind, denn sie haben grosse Auswirkungen auf das nächstjährige Budget. Wenig erfreulich ist auch der Blick auf die Investitionen. Dass bei den Investitionen ein Nachholbedarf besteht, bestreitet die Fraktion GLP nicht. Grosse Sorgen bereitet ihr allerdings die Finanzierung, wie dies auch schon von anderen gesagt wurde. Der unheilvolle Trend aus den Vorjahren wird sich auch im Jahr 2017 fortsetzen. So ist im nächsten Jahr noch ein Selbstfinanzierungsgrad von sage und schreibe 0,63% vorgesehen. Mit anderen Worten: die Stadt Biel kann für anstehende Investitionen keinerlei Eigenmittel beisteuern und muss diese vollständig über eine Neuverschuldung finanzieren. Im momentanen Zinsumfeld ist das zwar verkraftbar, längerfristig aber sehr unbefriedigend und auch besorgniserregend. Mit Blick auf die Investitionen appelliert die Fraktion GLP an den Gemeinderat, Investitionsvorhaben zurückhaltend aufzugleisen, auf die Kostenentwicklung zu achten und Nötiges von Wünschbarem zu unterscheiden. Die Fraktion GLP hat noch nicht entschieden, ob sie den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU unterstützen wird. Sie wartet die weitere Diskussion ab, versteht aber die Sorge, dass eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» das Endergebnis des Budgets 2017 beschönigt. Andererseits ist diese Handhabung auch nicht ganz neu. Insgesamt wird die Fraktion GLP das Budget 2017 annehmen, sofern das Defizit nicht noch verschlechtert wird.

Bohnenblust Peter, FDP: Der Fraktionssprecher der Grünen hat einiges gesagt, was ich ins rechte Licht rücken möchte. Vorab danke auch ich der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die GPK-Sprecherin sagte, HRM2 ermögliche keinen besseren Überblick. Darauf komme ich am Schluss nochmals zurück. Der Fraktionssprecher der Grünen sagte ferner, für ihn spreche das Argument "mehr Transparenz" nicht für den Antrag unserer Fraktion und warf uns Familienstreit vor. Wie ich heute in der Presse gelesen habe, gibt es auch bei den Grünen, bei der Offenlegung der Finanzierung der Atomausstiegsinitiative, Familienstreit. Offenbar weiss der Fraktionssprecher der Grünen besser, was in der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU vorgeht als ich. In unserer Fraktion darf man sich uneins sein, was auch ab und zu nach aussen dringt. Das ist aber kein Familienstreit, es werden nur die Schwerpunkte anders gesetzt. Wenn der Fraktionssprecher der Grünen sagt, die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU sei für den Abbau von Spezialfinanzierungen, so ist das nur die Hälfte der Wahrheit. Meine Fraktion ist dann für den Abbau von Spezialfinanzierungen, wenn es um Konsumausgaben geht. Gewisse Konsumausgaben werden durchaus über das normale Budget getätigt, was zur Transparenz für den Stadt- und Gemeinderat beiträgt. Die noch über Spezialfinanzierungen kompensierten Konsumausgaben sind nächstens aufgebraucht. Die Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» ist aber nicht für Konsumausgaben vorgesehen! In der Botschaft steht zwar, sie werde für Konsumausgaben verwendet, sie darf aber nur verwendet werden, um Investitionen zu tätigen. Deshalb vertritt die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU die Auffassung, dass dem Stimmvolk aufgezeigt werden soll, dass sich mit den NHS-Massnahmen und deren Umsetzung die Haltung meiner Fraktion in dem Sinne geändert hat, als sie der reglements-konformen Verwendung von Entnahmen aus Spezialfinanzierungen zustimmt, sofern die Ausgaben wie früher als Nachkredite ausgewiesen werden. Das sind keine buchhalterischen Spitzfindigkeiten, sondern führt zu mehr Transparenz für das Stimmvolk, aber auch für den Stadtrat. Was die

Transparenz für den Stadtrat anbelangt, bittet die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU den Gemeinderat zudem zu prüfen, ob nicht wie in Bern dem Budget eine Übersicht über die eigenen Beiträge sowie eine über die Spezialfinanzierungen (Veränderungen im Laufe des Jahres) beigelegt werden könnten. Dies würde es ermöglichen, mit dem Budget gleich auch etwas über den aktuellen Stand der Spezialfinanzierungen zu erfahren. Ich finde es schade, dass dies heute nicht der Fall ist.

Bösch Andreas, Grüne: Mit dem vorliegenden Budgetresultat bin auch ich nicht ganz zufrieden. CHF 9,7 Mio. sollen der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» entnommen werden. Diese Spezialfinanzierung würde besser für anderes verwendet, da pflichte ich Herrn Bohnenblust bei. Zum Thema Transparenz möchte ich auch noch etwas zu bedenken geben. Es liegen zwei Vorschläge auf dem Tisch: Der erste stellt eine eigentliche Absichtserklärung dar und will der erwähnten Spezialfinanzierung CHF 9,7 Mio. entnehmen, was im Budget ausgewiesen und in der Botschaft erläutert wird. Der zweite Vorschlag will diese möglicherweise zu tätige Entnahme noch nicht in Budget und Botschaft ausweisen, denselben Betrag aber bei Bedarf im Rahmen der Rechnung als Nachkredit kompensieren. Was ist transparenter? Meines Erachtens ist es transparenter, die mögliche Entnahme von CHF 9,7 Mio. bereits heute zu erwähnen, weil dies gegenüber den StimmbürgerInnen mehr Transparenz schafft, als dies im Rahmen der Rechnungslegung der Fall wäre.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Passerelle wird das vorliegende Budget gutheissen, sofern keine weiteren Subventionskürzungen getätigt werden. Dies insbesondere auch deshalb, weil nach dem zähen Ringen letztes Jahr nun Erfahrungen mit den Entscheiden aus der nachhaltigen Haushaltssanierung (NHS) gesammelt werden müssen. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, jetzt wieder alles umzukrempeln und über Bord zu werfen. Vielmehr soll das Budget aufzeigen, welche Wirkung die 55 NHS-Massnahmen effektiv entfalten sollen. Wie werden sich die Unternehmenssteuern entwickeln? Welche Nebenwirkungen haben Budgetkürzungen, verursachen sie allenfalls neue Probleme? Dafür braucht es jetzt etwas Kontinuität, Antworten auf diese Fragen brauchen Praxis. Der Bevölkerung gegenüber soll ein klares Zeichen gesetzt werden, dass das Parlament hinter diesem Budget steht, auch wenn es nicht alle in allen Punkten glücklich macht. Es ist aber ein Kompromiss, mit welchem in der derzeit angespannten Finanzsituation wohl alle leben können. Den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU lehnt Passerelle ab, denn sie findet ihn fahrlässig. Er würde die Budgetabstimmung unnötig gefährden. Den auf den Tischen aufliegenden, von der Fraktion GLP beantragten textlichen Anpassungen der Botschaft kann Passerelle zustimmen. Zu den weiteren aufliegenden Anträgen werde ich zu gegebener Zeit Stellung nehmen.

Suter Daniel, PRR: À titre personnel, je vous recommande l'acceptation de ce budget. L'assainissement des finances communales est une tâche qui ne peut être réalisée rapidement et on peut se réjouir du travail effectué dans ce sens durant l'année écoulée. À la lecture du plan financier, on constate que le prochain obstacle est proche et qu'il ne faut pas se satisfaire de la situation actuelle. Pour revenir sur une présentation du budget avec ou sans le prélèvement sur le financement spécial "Gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier", je me permets de me prononcer au nom de la minorité du Groupe FDP/PRR/FVP/EDU, ceci sans vouloir amener des conflits sur la place publique, mais plutôt afin de discuter de

manière transparente. Le prélèvement dans le budget du financement spécial "Gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier" pour financer un déficit est constant et ceci, à mon souvenir depuis l'année 2010, sans donner lieu à des discussions. Je conviens que ceci n'est pas une raison pour continuer de pratiquer ce prélèvement, mais le Règlement du financement spécial relatif aux gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier (RDCo 680.93) le prévoit explicitement. De plus, cette opération se justifie d'autant plus pour le budget 2017, car le déficit est d'ordre conjoncturel et il est envisageable qu'il ne se réalise pas. Le prélèvement prévu ne sera pas ou seulement partiellement nécessaire. Toutefois, on peut se demander pourquoi cette revendication de renoncer au prélèvement sur le financement spécial "Gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier" n'est présentée qu'à ce jour, car le processus d'assainissement des finances de la Ville a été lancé depuis quelque temps et il est clair, que le prélèvement sur des financements spéciaux devrait en faire partie. Si le principe de ces prélèvements dans le cadre du budget est contesté, il faudrait passer par une révision du Règlement du financement spécial relatif aux gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier. Par contre, si les auteurs de la proposition d'amendement trouvent que la communication sur le résultat du budget peut prêter à confusion, on peut y remédier comme cela a déjà été proposé. D'après les articles de presse, que j'ai lus après la communication du budget, il me semble toutefois que les choses sont parfaitement claires. Dans ce sens, je vous recommande de rejeter la proposition de modifier le projet d'arrêté du budget.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je remercie le Conseil de ville pour la bonne réception générale du budget et plus particulièrement la Vice-présidente de la Commission de gestion pour sa présentation. L'année 2017 s'inscrit dans la continuité du projet d'assainissement durable des finances et des efforts déployés dans ce sens depuis une année. Je peux vous assurer, Monsieur Arnold, que le consensus obtenu dans le cadre du débat sur le budget 2016 au niveau du Parlement, mais aussi du peuple, a été pris en considération et que les subventions sont également contenues dans ce budget 2017. La quotité d'impôt demeure elle aussi inchangée. Néanmoins, les améliorations découlant du projet d'assainissement des finances communales s'élèveront bien à 12 mio. fr.: 10 mio. fr. environ au niveau des économies et 2 mio. fr. au niveau des recettes. Il faut encore tenir compte des 6 mio. fr. de rentrées, comme Monsieur Briechle l'a souligné. Théoriquement, on peut s'attendre donc à une amélioration théorique de 18 mio. fr., si les rentrées sont effectivement réalisées. Je ne pourrais vous donner un avis consolidé qu'avec le bouclage des comptes sur le résultat actuel des mesures NHS (Assainissement durable des finances communales). Toutefois, je peux vous informer, ce soir, qu'un controlling très serré de l'application de ces mesures est effectué, afin de pouvoir proposer des compensations, si elles ne sont pas réalisables. En effet, lors de la décision de ces mesures, des projets n'étaient pas encore aboutis et sont, actuellement, en cours de réalisation. Pour illustrer cela, on parle de 9 mio. fr. pour 2016 et encore 3 mio. fr. supplémentaires prévus pour 2017.

La surévaluation persistante du franc suisse, couplée à l'évolution toujours en stagnation, voire le recul des principaux débouchés des grandes entreprises d'exportation biennoises (Asie et Europe), contraignent la Ville à prévoir, tout comme en 2016, un prélèvement de 9.7 mio. fr. sur le financement spécial "Gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier". Cette mesure est nécessaire pour

pouvoir supporter ces baisses de revenus fiscaux des personnes morales et une stagnation au niveau des rentrées des personnes physiques, ceci malgré l'augmentation du taux d'imposition de 1/10, qui a été décidé par le Peuple cette année. Le budget 2017 n'est pas pessimiste, mais réaliste et je peux vous dire, aujourd'hui, que le Conseil municipal appuie ce budget avec l'idée d'y arriver, tel qu'il est présenté ici.

Pour revenir sur la transparence des documents reçus, je vous donne raison sur le degré des détails des comptes mais je conteste, cependant, la critique selon laquelle le budget contient moins d'informations. Vous receviez, avant l'introduction du nouveau modèle comptable, un cahier rempli de chiffres, qui était certes détaillé au niveau des comptes, mais qui contenait aucune analyse, tout au plus quelques pages de descriptifs. Actuellement, la lecture du budget est accompagnée et nettement facilitée avec des indicateurs financiers pertinents et ils sont commentés sur une vingtaine de pages, dans les deux langues. En outre, la Direction des finances vous soumet, cette année, pour la première fois, une présentation des flux de trésorerie, qui informe sur la provenance et l'utilisation des ressources, séparément pour le financement interne et l'autofinancement, l'activité d'investissement et celle de financement. La raison pour laquelle le détail, au niveau des comptes, n'est plus soumis au Parlement, contrairement à l'ancienne pratique que vous connaissez, tient au fait que selon le nouveau modèle comptable, les écarts budgets/comptes doivent également être présentés dans le même degré et ensuite dans le détail. Ceci représente bien entendu une discrétion nette entre investissement et bénéfice. Cependant, j'ai informé et je souhaite le répéter, que le budget contient toute ces informations et elles sont disponibles pour les parlementaires et elles ont été fournies pour certains groupes de comptes. Dans la presse, il a été mentionné, que le budget est moins précis et que le travail est plus compliqué, ceci m'étonne.

J'ai un livre détaillé des comptes, auquel les membres du Conseil de Ville peuvent accéder. Afin de vous expliquer les informations que vous pouvez obtenir, je prends le centre de profit 429, Écoles à journée continue (page 75 du Budget 2017). Ce centre de profit est constitué du compte 310.500002 "Boulangerie" qui affiche un montant de 25'000 fr., du compte 310.500003 "produits lait" et ainsi de suite. L'année passée et cette année, aucune demande ne m'est parvenue afin d'obtenir ce niveau de détails du budget (300 pages). Donc, j'espère que vous comprendrez, que je sois un peu irritée de lire dans les médias, qu'il manque de la transparence dans la présentation des comptes. Suite à ces réclamations je livrerai, à l'avenir, de manière électronique ce document détaillé au Secrétariat parlementaire, afin qu'il puisse vous le remettre.

La date de livraison du budget (actuellement livré dans le courant du mois de septembre), va prochainement être étudiée par un groupe de travail. Il s'agit, aussi, de fixer des priorités au sein du Département des finances avec les ressources en personnel actuelles. Je dois rappeler, qu'en 2017, le bouclage des comptes 2016 se fera pour la 1^{ère} fois avec le nouveau modèle comptable et que c'est un défi important. Il ne sera donc pas possible de présenter le budget 2018 plus tôt en 2017, car cela impliquerait la clôture des comptes 2016 et d'avoir la 1^{ère} lecture du budget 2018 en parallèle. J'entends tout de même cette demande et je promets d'y revenir en temps voulu.

La question essentielle, ce soir, est celle relative au prélèvement de 9.7 mio. fr. sur le financement spécial "Gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier". Une précision Monsieur Bohnenblust, le Règlement du financement spécial relatif aux gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier permet ce prélèvement par l'inscription au budget ou par le biais de crédits additionnels devant être approuvés avec les comptes. Pour plus de transparence, vous proposez de ne pas informer la population des pertes d'impôts sur les personnes morales, résultant d'entrées moindres causées par le ralentissement conjoncturel. Ces pertes pourraient être compensées par une réserve constituée et dotée à cet effet. À mon avis, cet art de communiquer est bien moins transparent et suggère même que le déficit pourrait impliquer un déficit au bilan, en fonction du solde de la fortune nette fin 2016, qui impliquerait une intervention du Canton. Cette information est bien entendue erronée. Le financement spécial "Gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier" est constitué à cet effet et il doit être également utilisé. Cette proposition est, à mon avis, moins transparente que celle faite par le Conseil municipal et je vous recommande vivement de ne pas la suivre.

Il n'est pas judicieux de présenter un déficit aux ayants-droit au vote, sans indiquer comment il sera compensé. Je vous rappelle, que la fortune nette était, au 1^{er} janvier 2016, de 13.4 mio. fr. Certains cantons recommandent même aux communes de maintenir une fortune nette à hauteur de 3 points d'impôts. La Ville de Bienne ne peut pas se le permettre. En d'autres termes, la conséquence de cette proposition devrait être d'indiquer par quels autres moyens ce déficit pourrait être compensé et de faire des propositions. Je n'ai entendu aucune proposition de la part du Conseil de ville, ce soir! Je doute, Monsieur Fischer, qu'un compromis sur des économies supplémentaires soit trouvé ce soir, comme vous le proposez. Sans un compromis, il n'y a pas de budget. Je crois que vous l'avez compris. Deux refus du budget par le peuple durant cette législature devraient servir de leçon. Puisque nous en sommes aux citations, je vais aussi m'en permettre une: *"Ne jugez pas les gens pour les erreurs qu'ils ont commises, mais pour ce qu'ils en ont appris!"*

Aujourd'hui, personne ne peut prédire le montant des pertes qui résultera du ralentissement conjoncturel en 2016 et si le double effet négatif, qui est estimé aujourd'hui, sera absorbé en 2016 ou s'il sera répercuté en 2017. Le Conseil municipal suit intensément les évolutions de la branche horlogère, de l'industrie des machines, mais les informations seront connues pas avant le bouclage des comptes 2016, début 2017. C'est la raison pour laquelle le Conseil municipal recommande une certaine prudence dans la budgétisation, sans pour autant proposer des économies substantielles, respectivement des améliorations du côté des revenus. La même prudence est aussi de mise au niveau de la communication. Concernant le message, je vous invite à y apporter les précisions, comme proposées par les Verts libéraux, soutenues par le Groupe PBD/PPB/PEV, si vous estimez nécessaire de le faire encore plus clairement. Cela facilitera la compréhension du message par les ayants droit au vote.

En ce qui concerne les charges des biens et services, Monsieur Kaufmann vous l'avez dit, quelques modifications ont été faites concernant certaines charges au niveau des investissements. C'est une mesure d'allégement du budget certes, mais c'est aussi un outil qui permet un meilleur contrôle, dû à l'introduction de MCH2 à la comptabilité des immobilisations. Pour conclure, je dirais que ce budget est bon et je

vous remercie de le soutenir ce soir et aussi dans vos recommandations de vote, qui précéderont la votation populaire. Tout le monde a travaillé pour trouver des compromis pour le budget 2016, qui a été soutenu par 66% des ayants-droit au vote et ceci malgré des coupes et une augmentation des impôts. Le budget 2017 ne compte pas de coupes, ni d'impôts supplémentaires. Il mérite de ce fait votre soutien. Je remercie aussi le Département des finances pour son travail remarquable, afin de présenter ce budget.

Briechle Dennis, GLP: Ich habe noch eine Nachfrage betreffend NHS gestellt. Die GPK-Sprecherin tönte an, dass mit den NHS-Massnahmen nicht alles im Reinen ist. Ich möchte gerne wissen, welche Massnahmen in der Umsetzung kritisch sind. Falls der Gemeinderat die betroffenen Massnahmen nicht namentlich nennen möchte, bitte ich um eine Information, welche finanziellen Auswirkungen diese haben.

Steidle Silvia, directrice des finances: La Vice-présidente de la Commission de gestion a citée certaines mesures. Il y en a 55 et je ne vais donc pas les énumérer. C'est uniquement avec le bouclement, que la Direction des finances pourra informer exactement le Conseil de Ville. Comme cela a été expliqué, ce soir, la plupart des mesures sont réalisées ou en cours de réalisation et il sera proposé, prochainement, au Conseil municipal des compensations lorsque ce n'est pas possible de les réaliser. L'objectif est de réaliser les 9 mio. fr. d'économies pour 2016, que ce soit du côté des rentrées, sans les impôts ou des charges. Il est prévu de compenser les mesures, qui ont été reportées ou qui pourront être faite une année plus tard. Je ne peux pas donner un chiffre absolu, mais avec les analyses actuelles, je peux vous dire que la Ville de Bienne est en bonne voie de réaliser ces 9 mio. fr.

Präsidialdirektion

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Die Präsidialdirektion budgetiert einen Aufwandüberschuss und verzeichnet gegenüber dem Vorjahr trotzdem eine Verbesserung. Die GPK hat keine grossen Bemerkungen zur Präsidialdirektion. Sie möchte aber darauf hinweisen, dass das Budget verabschiedet wurde, bevor entschieden wurde, den Leistungs- und Pachtvertrags mit der CTS zurückzustellen. Dies ist insofern unproblematisch, als dass der alte Leistungs- und Pachtvertrag noch immer gültig ist und die CTS deshalb nur Anspruch auf den bisherigen Beitrag hat, der CHF 200'000 tiefer ausfällt als budgetiert. Im Rahmen der Beschlussfassung zum neuen Leistungs- und Pachtvertrag muss geprüft werden, wie diese Differenz aufgefangen werden kann. Die GPK hat sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass die Präsidialdirektion genau darauf achtet, wie sie mit ihren Mitteln umgeht.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich danke der GPK-Sprecherin für die gute Aufnahme.

Direktion Soziales und Sicherheit

Scherrer Martin, GPK: Das Budget der DSS fällt ähnlich aus wie im Vorjahr. Das zusätzlich angestellte Personal führt zu einer Ergebnisverschlechterung von CHF 1,6 Mio.. Unsicher ist die GPK bezüglich der Ausgleichszahlungen des Kantons, obwohl der Vorbericht zum Budget diesen einen ganzen Abschnitt widmet. Die budgetierten

Zahlen scheinen somit nur Schätzungen zu sein... Ansonsten hat die GPK keine Anmerkungen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU hat eine Frage zu einem kleinen Posten. Ihr liegt eine Liste mit Subventionen vor. Offenbar erhält der Obdachlosentreff VAGOS den gleichen Betrag wie in den Vorjahren. Ich möchte daran erinnern, dass die Leistungsvereinbarung nur für 2014 einen zusätzlichen Beitrag von CHF 40'000 vorsah. Dies erst noch mit folgender Auflage: *"Diese ausserordentliche Zahlung wird unter der Bedingung geleistet, dass die Gassenküche VAGOS ihre Strukturen und ihre Preispolitik überarbeitet."* Der Stadtrat hat bereits letztes Jahr über diese CHF 40'000 diskutiert, nun erscheinen sie wieder im Budget. Weshalb? Auf welcher Grundlage wird diese Leistung erbracht? Wurden die Auflagen gemäss Leistungsvereinbarung in der Zwischenzeit erfüllt? Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU stellt momentan keinen Antrag auf Streichung dieser CHF 40'000. Sie geht davon aus, dass der Gemeinderat das Richtige macht. Sie möchte aber gerne darüber informiert werden, weshalb der Beitrag nach wie vor budgetiert wird.

Tanner Anna, Fraktion SP: Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die mir persönlich und auch meiner Fraktion sehr wichtig sind. Es geht einerseits um die Gassenküche und andererseits um Integrationsmassnahmen. Wie hoch ist der Gesamtbetrag für Integrationsmassnahmen im Budget und wieviel davon ist bereits für konkrete Projekte vorgesehen? Gibt es Spielraum für eine Unterstützung allfälliger Partnerinstitutionen oder -projekte? Ich finde Integrationsmassnahmen gerade in der multikulturellen Stadt Biel extrem wichtig. Es gibt wahnsinnig viel Schönes, das dadurch gefördert und unterstützt werden kann. Es gibt aber auch Herausforderungen, die fachgerecht angegangen werden müssen. Zur Gassenküche möchte ich wissen, ob die CHF 40'000 nun tatsächlich budgetiert sind und falls ja, wann dieser Beitrag dann auch wirklich ausbezahlt wird.

Suter Daniel, au nom du Groupe FDP/PRR/EVP/EDU: J'ai examiné les comptes de la Direction de l'action sociale et de la sécurité dans le détail pour le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU. J'ai préparé une analyse à ce sujet dans le détail, mais vu le déroulement de la discussion, je constate qu'il y a une certaine souplesse ou largesse à l'approche de ces directions, dans le détail. Je vais tout de même donner un résumé des conclusions de cette analyse, même si cela a déjà été en partie fait par le rapporteur de mon groupe, pour la partie générale. À la Direction de l'action sociale et de la sécurité, une véritable explosion des charges du personnel est constatée, qui est justifiée selon le débat NHS, que mon groupe a soutenue et qui a été motivée par l'idée de diminuer les frais de fonctionnement par l'augmentation du personnel. Par contre les charges du Département des affaires sociales sont en légère augmentation. Le poste principal de l'aide sociale, y compris le Service spécialisé pour l'intégration professionnelle et mesures d'occupation devrait coûter à la Ville de Bienne 100 mio. fr., en 2017. Donc, il reste 1.7 mio. fr. Sur cette somme, il y aurait peut-être quelque centaines de milliers de francs à chercher et lorsque l'on pense aux discussions, que le Conseil de ville a eues il y a une année, on sait ce que cela représente 100'000 fr. dans le budget de la Ville de Bienne. La même image se présente pour l'Inspection de la police. En conclusion, le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU propose au Conseil de Ville d'accepter ce budget, sans modification. Il serait bien évidemment possible de consulter poste par poste et de demander des diminutions,

mais notre groupe préfère faire confiance aux responsables politiques et à l'Administration pour contenir les déficits dans le cadre donné.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Danke für die gestellten Fragen. Die meisten wurden mir im Voraus gestellt, so dass ich mich darauf vorbereiten konnte. Ich beginne mit der Frage zur Gassenküche VAGOS. VAGOS erhält vom Kanton rund CHF 70'000 als Entschädigung für die erbrachten Leistungen. In der Budgetdebatte 2016 erhöhte der Stadtrat die städtische Subvention um CHF 14'000 auf CHF 40'000. Im Budget 2017 wurden nun erneut CHF 40'000 eingestellt, und zwar vor allem aufgrund politischer Überlegungen und um dem Volkswillen zu entsprechen. Zudem waren die Subventionen für die Gassenküche in der NHS-Debatte ein wichtiger Punkt, der schlussendlich zu einem vom Volk akzeptierten Kompromiss führte. Der Gemeinderat wollte diesen Kompromiss nicht gefährden und nahm deshalb wiederum CHF 40'000 ins Budget auf. Dass dieser Betrag nun budgetiert ist, heisst aber noch nicht, dass er auch ausgegeben wird. Der Gemeinderat prüft zurzeit nämlich die Begründung des Gesuchs der Gassenküche für zusätzliche Subventionen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Zudem hat der Gemeinderat diesen Budgetposten auch durch einen Gastronomiespezialisten überprüfen lassen. Würde die Gassenküche nur Leistungen im Gastronomiebereich erbringen, müssten CHF 170'000 - 200'000 für den Betrieb ausreichen. In der Gassenküche wird aber über den Gastronomiebereich hinaus auch eine soziale Dienstleistung erbracht. Deshalb ist das Budget der Gassenküche höher, nämlich CHF 500'000. Die Frage, ob die CHF 300'000 für zusätzliche Leistungen gerechtfertigt sind, ist nicht einfach zu beantworten. Darüber wird momentan diskutiert. Allenfalls sind Kostenoptimierungen möglich. Trotzdem ist die städtische Subvention von CHF 40'000 wiederum budgetiert. Wann und in welcher Höhe sie aber effektiv ausbezahlt wird, kann ich noch nicht abschätzen, aber meine Direktion schaut genau hin. Was ich aber sagen kann, ist, dass die von der Gassenküche noch ausstehenden Informationen heute eingetroffen sind.

Zur Frage von Frau Tanner betreffend Integration: Die Integrationsfachstelle verfügt über ein Budget von CHF 80'000. Von diesem Betrag sind CHF 30'000 gebunden. Derzeit wird abgeklärt, wie die restlichen CHF 50'000 eingesetzt werden sollen, denn die eingegangenen Unterstützungsgesuche übersteigen den zur Verfügung stehenden Betrag.

Herr Suter ist offenbar der Meinung, bei der Sicherheit könnten noch einige CHF 100'000 eingespart werden. Ich wäre froh um nähere Erläuterungen, denn mir ist nicht klar, wo Herr Suter dieses Sparpotenzial sieht. Natürlich bin ich aber an seinem Input interessiert.

Finanzdirektion

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wie ich sehe, verzichtet die GPK auf ein Votum.

Kaufmann Stefan, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Offenbar wird über den von der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU in der generellen Debatte gestellten Antrag am Ende der Diskussion zur Finanzdirektion abgestimmt. Ich wiederhole deshalb den Antrag:

Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU beantragt, im Budget nicht ein Defizit von CHF 34'400.- auszuweisen, sondern dasjenige von CHF 9'734'700.- (vor Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» (SGR 680.93)).

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, im Budget ein Defizit von CHF 9'734'700.- (vor Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» (SGR 680.93)) auszuweisen

Der Antrag wird abgelehnt.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Somit kommen wir nun zur nächsten Direktion...

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: ...Da immer noch die Finanzdirektion behandelt wird, muss es erlaubt sein, sich auch noch zu anderen Posten dieser Direktion zu äussern und Fragen zu stellen. Vielleicht haben Sie bei der vorherigen Abstimmung gesehen, dass nicht alle Fraktionsmitglieder unseren Antrag unterstützt haben. Das ist aber kein Familienstreit, sondern es herrschen innerhalb der Fraktion unterschiedliche ideologische Auffassungen. Und wenn ich schon dabei bin: Zwischen der PRR-Vertretung und der Fraktion dürfte wohl auch ein wenig ein "Sprachenstreit" vorliegen oder aber ich habe mich schlecht ausgedrückt... Ich habe nie gesagt, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen dürften nur im Rahmen der Rechnung als Nachkredite getätigt werden, sie können auch bereits im Budget angekündigt werden, beides ist möglich. Sollte dies anders herübergekommen sein, wäre ich missverstanden worden! Ich komme nun aber zu meiner konkreten Frage: Auf Seite 5 des Dokuments "Begründung und Umschreibung der Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget" wird eine Verschlechterung von CHF 150'000 aufgrund "Wegfall Honorare Fuchsried 17-25a, Verzicht auf Fremdmandate" erwähnt. Dies entspricht in etwa einer Stelle. Hatte dies somit personelle Konsequenzen?

Steidle Silvia, directrice des finances: Je remercie Monsieur Bohnenblust pour la précision donnée concernant la date d'exécution du prélèvement. Pour revenir à votre demande précise, il est vrai que la Ville a perdu certains mandats, notamment ceux de la Caisse de pension. En effet, certains objets ont été vendus par la Caisse de pension et pour cette raison, effectivement, le Département des immeubles à moins de mandat que par le passé. Cela a été relativement bien commenté dans les médias. Un poste de "Bewirtschafter" a d'ailleurs été biffé. Vous le ne voyez pas car cela a déjà été fait en 2015.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

Sutter Andreas, GPK: Auch hier kann sich die GPK kurz halten. Das vorliegende Budget der BKS zeigt, dass KITAS und Tagesschulen in einer Sonderrechnung geführt werden und damit das Budget nicht beeinflussen. Der diesbezügliche Aufwand soll um CHF 1,58 Mio. zunehmen. Die Ausgaben werden auf CHF 93 Mio.,

die Einnahmen auf CHF 25,5 Mio. geschätzt. Aus rein ökonomischer Sicht somit nicht rentabel, aber KITAS und Tagesschulen sind auch keine Unternehmung. Die Personalkosten nehmen um CHF 1,93 Mio. zu, was aber nicht weiter verwundert. Sie sollen im Gegenteil sogar weniger stark zunehmen, als aufgrund der Klasseneröffnungen hätte erwartet werden können. Diese Kosten beunruhigen aber nicht, weil sie ja refinanziert werden. Die GPK empfiehlt Ihnen auch hier Zustimmung.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

Jean-Quartier Caroline, au nom de la Commission de gestion: Afin de ne pas prolonger plus qu'il n'en faut ce débat, je vais pouvoir faire court concernant le budget de la Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement. La Commission de gestion (CDG) a quelques remarques à transmettre. Le premier point concerne ESB. La CDG a remarqué, que le calcul du versement du dividende de substance pour 2017 s'est fait avec difficulté cette année. Il est important que pour les prochaines années ce montant soit défini plus rapidement. Le montant versé par ESB représente un montant non anodin pour le budget de la Ville et il est donc nécessaire, qu'il soit connu assez rapidement par le Conseil municipal. Deuxièmement, dans l'attente de l'entrée en vigueur en 2018 du nouveau contrat de prestations conclu avec ESB, une mesure transitoire a été adoptée pour 2017: il s'agit du versement d'un dividende exceptionnel d'un montant maximal de 3.5 mio. fr. Toutefois, le montant exact dépendra du résultat de l'exercice 2017 de la Ville, car ESB ne versera ce dividende exceptionnel que si les comptes annuels affichent effectivement un déficit.

Le troisième point est de savoir ce que signifient les termes "Economie charge générales", qui voient une amélioration de 600'000 fr. sur le compte 310.099999. En effet, avec la nouvelle présentation des comptes, il est difficile de voir exactement ce que ce montant représente. J'ai déjà posé cette question à la Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement et on m'a répondu: *"Lors de la discussion sur le budget 2017, la Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement s'est engagée à économiser pour le total de la direction la somme de 600'000 fr. dans le domaine des charges bien et services et autres pour ne pas diminuer chaque poste 310 à 319. Dans chaque unité 500 à 572, la Direction des finances a proposé de mettre un poste global à l'état-major du secrétariat de direction. Notre direction était d'accord avec cette proposition et s'engage à économiser vraiment cette somme jusqu'à la fin de l'année 2017, mais pas seulement dans l'unité 500 mais dans toute la direction."* Je ne comprends pas, que si une économie de 600'000 fr. veut être réalisée, le domaine où les économies veulent être réalisées est connu. C'est donc surprenant, que ce ne soit pas visible dans le budget. Je vous remercie de nous éclaircir à ce sujet. Pour le reste, la CDG n'a pas de remarques particulières.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Auf Seite 19 des Vorberichts zum Budget wird erwähnt, dass die Sonderdividende des Energie Service Biel (ESB) von maximal CHF 3,5 Mio. nur dann fällig wird, *"wenn tatsächlich ein Defizit ausgewiesen werden sollte."* Handelt es sich dabei um das Defizit vor oder nach der Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens»? Das vorliegende Budget weist ja eigentlich kein Defizit aus, also

würde die Sonderdividende wohl nicht fällig... In der Zwischenzeit hat mir die Direktorin Bau, Energie und Umwelt den Wortlaut der betreffenden Vereinbarung zugestellt. So wie ich diese verstehe, ist die Sonderdividende ohnehin so oder so geschuldet, die Stadt müsste dem ESB aber etwas zurückzahlen, sollte sie Ende 2017 in der Rechnung 2017 einen Gewinn ausweisen. Habe ich das richtig verstanden? Diesfalls wäre die Formulierung im Vorbericht aber missverständlich...

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die GPK-Sprecherin sagte, der Betrag für die Sonderdividende des Energie Service Biel (ESB) von CHF 3,5 Mio. sei erst relativ spät festgelegt worden. Dabei geht es aber um einen ausserordentlichen Betrag, der dem ESB belastet werden soll. Es stimmt, dass die Stadt einen Leistungsvertrag mit dem ESB abgeschlossen hat. Darin wird für eine bestimmte Periode, bisher für fünf Jahre, festgelegt, welche Beträge der ESB der Stadt unter welchem Titel abzuliefern hat. Insgesamt sind es jeweils ungefähr CHF 12 Mio.. Die erwähnten CHF 3,5 Mio. sind eine Substanzdividende. Ursprünglich wurde vereinbart, dass der ESB der Stadt innert fünf Jahren eine Substanzdividende von CHF 20 Mio. abgeliefert. Für die Auszahlung wurde ein degressiver Auszahlungsmodus gewählt. Anfangs zahlte der ESB überproportional hohe, später kleinere Dividenden. Vielleicht ist dem Stadtrat aufgefallen, dass bereits letztes Jahr die CHF 20 Mio. vollumfänglich ausgeschüttet waren und kein weiterer Beitrag mehr vorgesehen war. Anlässlich der Erarbeitung des Budgets 2017 wurde aber klar, dass das städtische Defizit grösser ausfallen dürfte. Deshalb suchte der Gemeinderat das Gespräch mit dem Verwaltungsrat des ESB und handelte den nun ausgewiesenen ausserordentlichen Betrag von CHF 3,5 Mio. aus. Diese Verhandlungen waren aber erst im Rahmen der Budgeterarbeitung möglich. Dieses Vorgehen ausserhalb des Leistungsvertrags mit dem ESB ist an und für sich unproblematisch. Für den ESB ist es aber hinsichtlich seiner Planung etwas schwerer, weil er gerne Planungssicherheit hätte und sich auf getroffene Abmachungen verlassen können möchte. Trotzdem sollen CHF 3,5 Mio. Sonderdividende zu Gunsten der Stadt ausgerichtet werden, weil sie das Geld schlichtweg braucht. Dies wurde aber erst im Verlauf des Sommers klar. Derzeit wird der neue, ab 2018 gültige Leistungsvertrag in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion und dem ESB erarbeitet. Das Ziel ist, den Vertrag für 2018 - 2021 bereits im ersten Quartal 2017 abzuschliessen. Dann hat sowohl der ESB als auch die Stadt Klarheit, was sie erwartet. Die Frage von Herrn Bohnenblust wird die Finanzdirektorin beantworten.

Die GPK-Sprecherin erwähnte die Einsparung von CHF 600'000 beim Sachaufwand. Die BEU budgetiert 2017 einen besseren Abschluss als 2016. Dies wird einerseits durch den bereits besprochenen, ausserordentlichen Zustupf des ESB möglich, andererseits aber auch durch Einsparungen. Auch die BEU hat stetig ansteigende Mehrausgaben, insbesondere beim Personal. Diese Mehrausgaben konnten gegenüber dem Vorjahr nicht vollumfänglich aufgefangen werden. Die Einsparung von CHF 600'000 beim Sachaufwand soll über die ganze Direktion aufgeteilt werden. Es muss noch abgeklärt werden, wo Einsparungen möglich sind. Es ist aber klar, dass sie beim Sachaufwand generiert werden sollen und nicht beispielsweise beim Personal. Vermutlich dürften die Einsparungen hauptsächlich beim Hochbau und bei der Infrastruktur anfallen. Es muss nun nach einer Kompensationsmöglichkeit gesucht werden. Auf Seite 21 der "Begründung und Umschreibung der Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget" werden CHF 150'000 Mehrausgaben wegen *"zunehmendem Gebäudeunterhalt infolge Wachstum des*

Immobilienportefeuilles und zunehmendem Sanierungs- und Unterhaltsbedarfs" erwähnt. Ich gehe davon aus, dass diese Aufstockung wieder rückgängig gemacht werden muss. Irgendwo müssen die CHF 600'000 ja herkommen... Wo die Einsparungen aber genau erfolgen sollen, wird in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion noch abgeklärt.

Steidle Silvia, directrice des finances: Concernant la question du moment du versement du dividende de substance d'ESB, pour un montant de 3.5 mio. fr., c'est le montant du déficit au moment du bouclage, avant le prélèvement sur le financement spécial, qui fait foi. La réserve, qui a été mise ici, que vous avez soulevé, Monsieur Bohnenblust, se rapporte à la situation effective de la Ville de Bienne au moment du bouclage. À savoir que cette mise à contribution exceptionnelle d'ESB, dont a parlé Madame Schwickert, ne sera pas sans conséquence pour ESB et elle n'est pas pensée pour créer des réserves pour la Ville de Bienne, mais pour aider à boucler les comptes. Si la Ville obtient des comptes positifs, un remboursement au prorata du bénéficiaire sera fait à ESB. ESB aide la Ville de manière exceptionnelle à boucler des comptes équilibrés.

Löffel Christian, EVP: Die Aussage der Direktorin Bau, Energie und Umwelt bezüglich der Einsparung von CHF 600'000 irritiert mich. Sie erwähnte, dass diese allenfalls beim Gebäudeunterhalt realisiert werden sollen. Die Stadt gibt jährlich sehr viel Geld aus, weil Gebäude schlecht unterhalten werden. Gleichzeitig ist klar, dass gerade beim Unterhalt am einfachsten gespart werden kann. Die Quittung dafür kommt erst nach zehn, zwanzig oder dreissig Jahren. Das Problem wird also einfach hinausgeschoben. Das kann doch nicht sein! Die Stadt hat ein Problem beim Gebäudeunterhalt. Das Gebäudeportfolio wächst, also muss auch der Unterhaltsaufwand steigen. Nur so können langfristig grössere Schäden und als Folge grössere Investitionen vermieden werden. Egal, wo die CHF 600'000 schlussendlich herkommen, finde ich es falsch, bereits jetzt den Gebäudeunterhalt zu erwähnen, nur weil sparen dort am einfachsten ist.

Ogi Pierre, PSR: Tout le monde sait que le crématoire a été rénové pour un montant supérieur à 10 mio. fr. et il y a, actuellement des problèmes de personnels, car la plupart des entreprises de pompes funèbres partent à l'extérieur. Il y aura donc certainement un gros manque à gagner et le budget ne peut pas être tenu. J'aimerais connaître l'influence de ce fait sur le budget si cette situation continue et quelles solutions pourraient être trouvées.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich bin nicht sicher, ob ich Herrn Ogis Votum richtig verstanden habe. Geht es um den Unterbruch des Krematoriumsbetriebs aufgrund unfall- und krankheitsbedingter Personalausfälle?

Ogi Pierre, PSR: C'est égal car on vient de le dire qu'il y a beaucoup de crémation effectuée en externe car actuellement il n'est pas possible d'exécuter cette tâche au centre de crémation de Bienne. Ceci dû aux nombreux départs de personnel. Je pensais que vous étiez informée à ce sujet.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Mir wäre keine Abwanderungswelle bei den Kremierungen bekannt. Es gab kurzfristig Probleme und Kremationen waren kurze Zeit nicht mehr möglich. Seit gut zehn Tagen ist aber

wieder alles in Ordnung. Deshalb wurde das Budget nicht nach unten korrigiert. Herr Ogi, wir können gerne einmal bilateral über das Krematorium diskutieren.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Zu den Sonderrechnungen wird das Wort nicht gewünscht. Wir kämen somit zur Abstimmung über das Budget (Ziffer I). Die Diskussion zur Botschaft (Ziffer II) folgt nach der Pause, weil die Argumente der Gegnerschaft dem Stadtrat erst dann schriftlich vorgelegt werden können.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. August 2016 betreffend „Budget 2017 / unveränderte Steueranlage 1.6“ gestützt auf Art. 9 Abs. 1 und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 39 JA, 5 NEIN und 1 Enthaltung:**

I.

Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschlussesentwurf empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 12. Oktober 2016 und gestützt auf Art. 12 Ziffer 2 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), beschliesst:

1. Das Budget der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2017 wird genehmigt.
2. Im Jahr 2017 werden folgende unveränderte Gemeindesteuern erhoben: Das 1.63-fache der kantonalen Einheitssätze auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital).
3. Im Jahr 2017 wird eine unveränderte Liegenschaftssteuer, welche mit 1.5‰ des amtlichen Wertes veranschlagt wird, erhoben.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

Sitzungsunterbruch 20.00 Uhr - 21.10 Uhr

Botschaft

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun zur Beratung über die Botschaft zum Budget. Auf den Tischen liegen zwei Blätter mit Ergänzungen sowie den Argumenten der Gegnerschaft auf.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU **stellt folgende**, auf den Tischen aufliegenden **Anträge zur Botschaft:**

1. **Kapitel 1 «Das Wichtigste in Kürze», Absatz 4 soll wie folgt ergänzt werden:**
"[...] sehen für das Budgetjahr 2017 55 Massnahmen im Gesamtbetrag von rund CHF 12 Mio. vor, dies mit Aufwandminderungen von 9,65 Mio. und

Ertragssteigerungen von 2,35 Mio." Die CHF 12 Mio. sollen ausgedeutet werden. Ansonsten sprechen wieder alle nur vom Sparen, wie es gestern im Bieler Tagblatt der Fall war und heute teilweise auch im Votum der GPK-Sprecherin.

2. Entsprechend soll **Kapitel 3 «Die Vorlage im Detail», Unterkapitel 3.2.2 «Entlastungsmassnahmen aus NHS»** wie folgt ergänzt werden: "[...] Dabei betragen die Ausgabenminderungen 9,65 Mio. und die Ertragssteigerungen 2,35 Mio."
3. Als Konsequenz müsste in **Kapitel 4 «Argumente für und gegen das Budget 2017»** auch der erste Punkt unter "Dafür" wie folgt ergänzt werden: "[...] verbundenen Aufwandminderungen von CHF 9,65 Mio. und Ertragssteigerungen von CHF 2,35 Mio. sowie einer Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus einer Spezialfinanzierung."

Strobel Salome, GPK: Die GPK hat zwar keinen Antrag, aber einige Vorschläge zur besseren Lesbarkeit der Botschaft. Die Botschaft ist weitgehend eine Zusammenfassung des Berichts an den Stadtrat, was dazu führt, dass sie etwas stark in einer Fachsprache gehalten ist. Die GPK wünscht sich deshalb, dass Begriffe wie "Transferaufwand" erklärt und Abkürzungen wie "NHS" zumindest bei der ersten Nennung ausgeschrieben werden. Vermutlich weiss das Stimmvolk ansonsten nicht, worum es geht. Zur besseren Lesbarkeit beitragen würde sicher auch eine bessere optische Aufarbeitung, also beispielsweise der Einschub einer Grafik. Im Bericht an den Stadtrat findet sich eine wunderschöne, farbige Grafik, die aufzeigt, wohin die Erträge fliessen. Sicherlich wäre eine solche auch dem Stimmvolk dienlich...

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich stelle fest, dass die GPK keinen Antrag stellt, sondern Vorschläge formuliert. Über Vorschläge kann ich nicht abstimmen lassen (*Zwischenruf: "Vielleicht gibt es ja eine Redaktionskommission..."*). Ich wäre eben froh, wenn keine Redaktionskommission einberufen werden müsste...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich weiss schon, was die GPK meint. Ich sehe folgende Möglichkeiten:

- Der Gemeinderat kann die Vorschläge der GPK als Hinweise für eine nächste Botschaft entgegennehmen.
- Der Stadtrat setzt eine Redaktionskommission zur Überarbeitung der Botschaft im Sinne der GPK ein.
- Die GPK stellt konkrete Anträge.

Eine andere Lösung sehe ich aus formellen Gründen nicht.

Strobel Salome, GPK: In dem Fall stellt die GPK folgende Anträge:

- **Der Begriff "Transferaufwand" ist in der Botschaft zu erläutern.**
- **Der Begriff NHS ist bei dessen erster Nennung auszuschreiben.**
- **Die Grafik auf Seite 4 des Vorberichts zum Budget ist in die Botschaft zu integrieren.**

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: In dem Fall brauche ich nun noch einen ausformulierten Text zur Erklärung des Begriffs "Transferaufwand" (*Unruhe im Saal*). Es wäre Unsinn, nur für die Formulierung dieses Textes eine Redaktionskommission einzuberufen, deshalb muss der definitive Text von Stadtrat verabschiedet werden...

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Bis die GPK einen Formulierungsvorschlag vorlegen kann, stelle ich noch einen Antrag. Im Kapitel 1 «Das Wichtigste in Kürze» steht etwas beschönigend, das Budget sei ausgeglichen. Die Fraktion GLP findet es gerade auch nach der geführten Budgetdebatte wichtig zu erwähnen, dass das Budget eben nicht ausgeglichen ist bzw. nur durch eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» ausgeglichen werden kann. **Sie beantragt deshalb, Absatz 2 des Kapitels 1 wie folgt zu ergänzen:** *"Der Gesamthaushalt der Stadt Biel sieht für das Jahr 2017 - nach einer Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» - ein ausgeglichenes Ergebnis vor."*

Abstimmungen

- über den Antrag der Fraktion GLP, Absatz 2 des Kapitels 1 zu ergänzen mit: "- nach einer Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» -"

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Kapitel 1, Absatz 4 zu ergänzen mit "[...], dies mit Aufwandminderungen von 9,65 Mio. und Ertragssteigerungen von 2,35 Mio."

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU Kapitel 3, Unterkapitel 3.2.2 zu ergänzen mit: "[...] Dabei betragen die Ausgabenminderungen 9,65 Mio. und die Ertragssteigerungen 2,35 Mio."

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, im Kapitel 4 den ersten Punkt unter "Dafür" zu ergänzen mit: "[...] verbundenen Aufwandminderungen von CHF 9,65 Mio. und Ertragssteigerungen von CHF 2,35 Mio. sowie einer Entnahme von CHF 9,7 Mio. aus einer Spezialfinanzierung."

Der Antrag wird angenommen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun zu den Argumenten der Gegnerschaft, die auf den Tischen aufliegen.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich war schon ein paar Mal Mitglied einer Redaktionskommission, unter anderem auch für die Botschaft zum Budget. Ein Grundsatz der Redaktionskommission besteht darin, in der Botschaft keine politische Kampagne zuzulassen. Was in eine Botschaft einfließt, soll auf Tatsachen beruhen. Meine Fraktion findet, das Gegenargument *"Der Wille seitens Gemeinde- und Stadtrat, die Bieler Finanzen nachhaltig zu sanieren, ist in diesem Budget einmal mehr nicht erkennbar"* weicht von diesem Grundsatz ab. Immerhin hat der Stadtrat

gerade darüber abgestimmt, die Einsparungen von CHF 9,65 Mio. in der Botschaft explizit zu erwähnen. Deshalb handelt es sich beim erwähnten Argument um eine politische Einschätzung und **ich stelle den Antrag, dieses Gegenargument zu streichen.**

Fischer Pascal, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Das kann man sehen, wie man will... Aus meiner Sicht sind auch die bereits angenommenen Anträge der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU politisch motiviert. Zudem stand das von Herrn Grupp angefochtene Gegenargument bereits genau gleich in der Botschaft zur Volksabstimmung vom 3. April 2016 zum Budget 2016.

Cadetg Leonhard, FDP: Ersieht man aus dem Budget keinen Sparwillen, ist das durchaus ein Ablehnungsgrund! Die Ratsrechte sieht im Budget keinen Sparwillen. Deshalb mache ich beliebt, diese Aussage in den Argumenten der Gegnerschaft des Budgets zu belassen. Inwieweit Sie Herr Grupp oder ich diese Aussage teilen, kann offen bleiben. Es ist aber mithin ein Grund, das Budget abzulehnen. Dieses Argument ist ebenso politisch, wie alle Argumente! Der Respekt vor dieser Ansicht gebietet es, diese Sichtweise der Gegnerschaft des Budgets nicht zu streichen.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Grüne, das Gegenargument *"Der Wille seitens Gemeinde- und Stadtrat, die Bieler Finanzen nachhaltig zu sanieren, ist in diesem Budget einmal mehr nicht erkennbar"* zu streichen

Der Antrag wird abgelehnt.

- über die auf den Tischen aufliegenden Argumente der Gegnerschaft

Die Argumente der Gegnerschaft werden vorliegend genehmigt.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun noch zum Text der GPK betreffend "Transferaufwand".

Strobel Salome, GPK: In Kapitel 3 «Die Vorlage im Detail», Unterkapitel 3.2.1 «Steuereinnahmen» soll nach dem Wort "Transferzahlungen" **folgender Text eingefügt werden: "(Beiträge an andere Gemeinwesen und Leistungen für die Bevölkerung, z.B. Bildung, Sicherheit, Wohlfahrt und Infrastruktur)".**

Abstimmungen

- über den Antrag der GPK, in Kapitel 3, Unterkapitel 3.2.1 hinter dem Wort "Transferzahlungen" *"(Beiträge an andere Gemeinwesen und Leistungen für die Bevölkerung, z.B. Bildung, Sicherheit, Wohlfahrt und Infrastruktur)"* einzufügen

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der GPK, den Begriff "NHS" bei der ersten Nennung auszuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der GPK, die Grafik von Seite 4 des Vorberichts zum Budget in die Botschaft aufzunehmen

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. August 2016 betreffend „Budget 2017 / unveränderte Steueranlage 1.63" gestützt auf Art. 9 Abs. 1 und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

II.

Der Entwurf für die Botschaft an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Bohnenblust Peter, FDP: Wenn ich richtig aufgepasst habe, wurde über die Ziffern I, 2-4 des Beschlussesentwurfs noch nicht abgestimmt. (*Zwischenruf: "Doch, darüber wurde bereits abgestimmt!"*) **Ich beantrage, global über diese Punkte abzustimmen (grosse Unruhe im Saal).**

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Über Ziffer I wurde vor der Pause in globo abgestimmt. Diese Abstimmung enthielt auch die Ziffern 2-4.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Herrn Bohnenblusts Antrag ist damit hinfällig, es sei denn, Sie wollen nochmals über die Ziffern 2-4 abstimmen (*grosse Unruhe im Saal*). Ich sehe, das ist nicht der Fall.

136. 20160072 Finanzplan 2017-2021 (Planjahre 2018-2020)

Strobel Salome, GPK: Die Stadt Biel segelt momentan in schwierigem Wind. Der Gemeinderat hat dies gemerkt und die Segel etwas gerefft. Verglichen mit dem letztjährigen Finanzplan fällt auf, dass der Aufwand nun langfristig etwas weniger stark steigen und der betriebliche Ertrag erhöht werden soll. Trotzdem erging es der GPK mit dem Finanzplan ähnlich wie mit dem Budget: sie wird nicht richtig warm damit. Der Gemeinderat zeigt auf, dass der Stadt in finanzieller Hinsicht ein rauer Wind entgegenweht. Gegenmassnahmen sind dringend nötig. Die Auswirkungen der Senkung der Gewinnsteuersätze bei den juristischen Personen im Rahmen der kantonalen Steuerstrategie dürften für Biel drastisch ausfallen. Der Anteil der juristischen Personen am städtischen Gesamtsteueraufkommen macht bekanntlich über 20% aus. Für die kantonale Steuerstrategie und auch für die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ist der Gemeinderat nicht verantwortlich. Er

zeigt aber aus Sicht der GPK zu wenig auf, wie er auf eine allfällige Annahme der USR III durch das Stimmvolk reagieren würde, was zumindest in den Grundzügen möglich sein sollte. Der GPK fehlen Strategien dazu, wie der Ertrag gesteigert und die Verschuldung gebremst werden sollen. Im Moment ist die Fremdfinanzierung dank günstigem Zinsniveau keine direkte finanzielle Belastung. Das kann sich aber jederzeit ändern. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Bericht auch die Schuldenbremse. Die überparteiliche Motion 20160111, «HRM2-konforme Schuldenbremse für die Stadt Biel» ist noch hängig. Mit deren Beantwortung dürfte der Gemeinderat darlegen, ob er die Einführung einer Schuldenbremse prüfen will. Das Ziel des Gemeinderats, das Schuldenwachstum einzudämmen, ist richtig. Aus dem Finanzplan kann der Stadtrat aber nicht entnehmen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Die GPK ist deshalb gespannt auf die im letzten Abschnitt des Berichts zum Finanzplan erwähnte *"zukunftsorientierte Finanzstrategie"*, die bis Ende Jahr vorliegen soll. Vielleicht kann der Gemeinderat bereits etwas dazu sagen, was damit genau erreicht werden soll. Die GPK dankt dem Gemeinderat und den involvierten Direktionen für den Bericht und die gut leserliche Darstellung.

Suter Daniel, au nom du Groupe FDP/PRR/EVP/EDU: Nous avons déjà eu l'occasion de le souligner il y a une année, le plan financier est désigné comme un plan mais il ne peut en tout cas pas être considéré comme projet. Il s'agit plutôt d'une projection, sur la base de tous les facteurs déterminants disponibles aujourd'hui, de l'évolution probable des charges et des revenus dans les années à venir. Il doit permettre aux instances politiques de juger, si et dans quel sens cette évolution doit être infléchie. Sous cet aspect, les éléments et les réflexions pertinentes sont présentées de manière très didactique et très transparente dans le rapport qui est soumis et le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU remercie la Direction des finances du travail accompli. L'estimation de l'évolution des différentes charges et revenus, au cours des années à venir, est plausible et prudente, notamment si l'on considère l'évolution estimée à la baisse des revenus avec une stagnation des revenus fiscaux. Avec un régime fiscal constant, on peut raisonnablement s'attendre à une augmentation, qui est prise en compte dans les charges (comptes 30 et 31), notamment entre le budget 2017 et le plan financier 2018.

Le plan financier se présente de manière peu réjouissante puisqu'il montre des comptes déficitaires, déjà à partir de 2018. Ceci même en tenant compte des revenus extraordinaires provenant des prélèvements de financements spéciaux de 10 mio. fr. année après année. Les mesures découlant de NHS permettent d'escompter des chiffres noirs à partir de 2018 et encore avec une nette tendance à la baisse. Je précise, que les effets NHS ne sont que des valeurs de planifications, qui doivent encore être confirmées. Ces effets risquent d'être anéantis, si la Réforme de l'imposition des entreprises (RIEIII) est introduite sans compensation pour la Ville de Bienne. Des corrections de cap deviendront alors indispensables.

Donc, la planification des investissements se présente plutôt comme une liste de vœux. Cette dernière est annexée au rapport et il y a fort à parier, vu l'évolution des finances de la Ville de Bienne, que nombre de ces projets devront être reportés, s'ils ne répondent pas à un besoin nécessaire ou urgent. D'ailleurs, dans son rapport au Conseil de Ville concernant le budget, le Conseil municipal confirme que l'investissement global de 40 mio. fr., prévu ces prochaines années, constitue un doublement par rapport à la normale, qui devrait en principe être limitée jusqu'en

2019. Les conséquences financières de ces investissements se retrouvent dans le tableau des flux financiers, qui prévoit une augmentation de l'endettement entre 35 et 50 mio. fr., au cours des années 2017 à 2020. Cette situation n'est pas durable, même s'il est vrai que l'investissement c'est l'avenir et qu'il est préférable de dépenser nos moyens pour construire l'avenir, plutôt que pour la consommation. Votre devise est d'économiser pour investir, mais la question fera nécessairement l'objet d'un débat politique. Dans cette perspective, le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU se réjouit de voir arriver la stratégie des investissements, que le Conseil municipal est en train d'élaborer. En tout état de cause, il apparaît sur la base du plan financier, qui est soumis au Conseil de Ville, que de sérieux ajustement seront nécessaires déjà dans le cadre du budget 2018. Beau débat financier en perspective! Le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU prend connaissance du plan financier avec une certaine préoccupation.

Güntensperger Nathan, Fraktion GLP: Nach der Durchsicht des Finanzplans nahm ich mein Votum vom Vorjahr zur Hand. Es beginnt wie folgt: *"Auch die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für den diesjährigen Finanzplan, vor allem für die sehr interessanten Informationen zur allgemeinen Wirtschafts- und Finanzlage auf der Welt und in der Schweiz und den möglichen Auswirkungen für die Stadt Biel. Die Fraktion GLP hat"* ein weiteres Mal *"das Gefühl, dass dem Finanzplan eine echte und fundierte Analyse der wirtschaftlichen Situation der Stadt Biel zugrunde liegt. Daraus resultierend ist ein Ausblick auf die nächsten fünf Jahre entstanden, der die Gefahren und Chancen für die Stadt aufzeigt."* Soweit mein letztjähriges Votum. Darin musste ich einzig *"zum ersten Mal"* mit *"ein weiteres Mal"* ersetzen. Ab hier ändert sich mein diesjähriges Votum aber gegenüber demjenigen vom Vorjahr. Beim vorliegenden Finanzplan fiel der Fraktion GLP auf, dass darin viel über Geldflüsse, die Unternehmenssteuerreform III (USR III), Investitionen usw. steht. Der Fraktion GLP fehlt aber die Begründung für die um CHF 5 Mio. höheren Personalausgaben ab 2018 und eine Erläuterung, weshalb die Personalkosten von 2016 auf 2017 von CHF 69 Mio. auf CHF 84 Mio. ansteigen. Unserer Fraktion fehlt auch die Begründung für die Erhöhung des Sachaufwandes um CHF 6,5 Mio. ab 2018. Ich bitte die Finanzdirektorin um eine Erklärung.

Im Weiteren fiel der Fraktion GLP der ausserordentliche Ertrag von rund CHF 10 Mio. auf. Im Bericht findet sich dazu nichts. Auf Nachfrage schrieb mir die Finanzdirektion, diese CHF 10 Mio. seien eine Folge der Auslagerung des ESB. Die damalige Aufwertung von rund CHF 160 Mio. muss gemäss HRM2 über 16 Jahre abgeschrieben werden. Ich wäre froh, wenn die Finanzdirektorin auch dieses Meco noch genau erklären könnte. Stellen Sie sich vor, die Stadt würde irgendeinmal in diesen 16 Jahren schwarze Zahlen schreiben. Dann könnte der Gewinn dem Eigenkapital zugewiesen werden. Also würde ein Teil dieser CHF 10 Mio. aus einer Spezialfinanzierung im Eigenkapital ins Eigenkapital verbucht, ohne dass sie auch nur einen Franken einnimmt.

Damit komme ich zur finanziellen Situation der Stadt Biel. So wie die Fraktion GLP richtiges finanzpolitisches Handeln versteht, sollte nicht nur die laufende Rechnung ausgeglichenen abschliessen, sondern auch so viel Geld generiert werden, dass die Investitionen refinanziert werden können. Wenn ich dazu die Tabelle auf Seite 12 anschau, wird es mir ehrlich gesagt fast schlecht. Trotz nachhaltiger Haushaltsanierung (NHS) und vielleicht auch im Hinblick auf die mögliche Annahme

der USR III scheint die Stadt nicht fähig, ihre Investitionen von jährlich ca. CHF 40 Mio. selber zu finanzieren. Nahezu 100% sind Fremdkapital. Die Verschuldung Ende der kommenden Legislatur wird beinahe CHF 900 Mio. oder gar mehr betragen. Soll diese Finanzierungslücke alleine über Steuererhöhungen gestopft werden, müssten die Steuern um ungefähr sieben Zehntel erhöht werden. Zwar haben die Schulden in der Bilanz einen Gegenwert im Verwaltungsvermögen. Dieses ist aber unverkäuflich und somit der Gegenwert nur Theorie. Unterhalt und die Abschreibungen sind aber real und belasten die laufende Rechnung auf Jahrzehnte. Ich kann nur hoffen, dass die Zinse nicht markant ansteigen.

Damit komme ich zu einem kleinen Ausblick auf die nächste Legislatur: die Ratslinke ist neben der SVP Gewinnerin der letzten Wahlen, was auch mehr Verantwortung für die städtischen Finanzen mit sich bringt. Im Wahlkampf kann argumentiert werden, dass keine Einsparungen akzeptiert werden, und trotzdem ein ausgeglichenes Budget inklusive Investitionen möglich seien. Wenn die Linke ihrer Subventionsklientel also immer Einsparungen ersparen will und dem Volk erzählt, sie wolle keine Kürzungen, soll sie auch Klartext darüber sprechen, wie sie die Finanzen in den Griff bekommen will. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 0% und ein Defizit von CHF 10 Mio. sind langfristig eine Zeitbombe, die irgendwann explodiert. Das grünliberale Ziel nachhaltiger Finanzen ist aus Sicht meiner Fraktion jedenfalls nach wie vor in weiter Ferne. Wir werden aber weiter kämpfen, um unseren Kindern keinen gigantischen Schuldenberg zu hinterlassen, welchen die Ratslinke offensichtlich anstrebt.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP: Ich danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Finanzplan. Sicher ist dessen Erarbeitung nicht die einfachste und schönste Aufgabe. Ich finde dieses Instrument wichtig, denn es erlaubt einen Blick in die Zukunft. Wer den Finanzplan liest, könnte allerdings fast depressiv werden. Das ist kein Vorwurf an den Gemeinderat. Vielmehr empfinde ich Mitgefühl für die Finanzdirektorin, wenn sie den vorliegenden Finanzplan präsentieren muss und dem Stadtrat keinen Lichtblick mitgeben kann. Die finanzielle Lage der Stadt wird nicht besser. In den letzten Jahren diskutierte und probierte der Stadtrat viele Verbesserungsvorschläge aus. So wurden Ausgaben gekürzt oder das Stellenwiederbesetzungsmoratorium eingeführt und das Stimmvolk nahm sogar eine Steuererhöhung an. Das finde ich nicht selbstverständlich. Nun zeigt sich, dass die Stadt in ein paar Jahren wieder gleich weit sein wird wie vor zwei oder drei Jahren. Dabei ist eine allfällige Annahme der Unternehmenssteuerreform III (USR III) durch das Stimmvolk noch nicht einmal berücksichtigt! Berücksichtigt ist hingegen die kantonale Steuerstrategie, mit welcher der Kanton unnötigerweise vorprescht. Damit kommt er der USR III noch entgegen und verdoppelt die Probleme der Stadt Biel. Ich finde, wir leben in einem verantwortungslosen Kanton, welcher der Stadt erst noch damit droht, ihr ein Budget zu erstellen, sollte sie einen Bilanzfehlbetrag ausweisen. Das ist fast so, als würde einem jemand von hinten in den Rücken fallen und von vorne ein Messer hinhalten. Das finde ich verantwortungslos. Eigentlich sitzen doch alle im gleichen Boot und rudern gegen den Strom. Das gilt es sich bewusst zu machen. Das Steuersubstrat ist ein eigenes Kapitel. Auf andere Details möchte ich nicht eingehen, denn das Steuersubstrat überschattet alles und ist der Stadt grösste Sorge. Bei den juristischen Personen sinkt das Steuersubstrat als Folge früherer Entscheide auf höherer Ebene sowieso kontinuierlich und die wirtschaftliche Lage tut das ihre dazu. Bei den natürlichen Personen sieht es auch nicht gut aus, die

steigende Einwohnerzahl führt nicht zu mehr Steuereinnahmen. Ich frage mich, woran das liegt? Verdienen die "normalen" Menschen einfach immer weniger? Gleichzeitig verdoppeln sich CEOs ihre Löhne - auch in Biel - und wohnen wahrscheinlich erst noch ausserhalb der Stadt. Das ist klar Austeritätspolitik, die nun auch bei den Gemeinden, also auf der tiefsten politischen Ebene, angekommen ist. Der Stadtrat muss nun entscheiden, wie er mit deren Auswirkungen umgehen will. Kann das Problem weiterdelegiert und sich dessen entledigt werden? Welchen Weg will der Stadtrat einschlagen? Es muss nicht immer alles akzeptiert werden, es gilt sich manchmal auch zu wehren. Auch wenn die Austeritätspolitik weltweit bald Vergangenheit ist, hinkt die Schweiz in dieser Beziehung offenbar hinterher. Es bringt Biel nicht vorwärts, wenn alle Beteiligten sich nur die Schuld zuschieben. Alle sitzen im gleichen Boot. Es gilt nun sich zu entscheiden, ob wir uns wehren wollen. Der Gemeinderat hat sich bereits geoutet: Die USR III muss verhindert werden. Nach der diesbezüglichen Volksabstimmung gilt es zu schauen, welche Aufgaben die Stadt auch künftig wahrnehmen will, um die Probleme nachhaltig zu lösen und sie nicht abzuschieben.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Es mag Sie erstaunen, dass ich die Sorgen von Herrn Güntensperger teile. Wenn ich die Tabelle auf Seite 12 des Berichts zum Finanzplan studiere, sehe ich auch nicht, wie die Stadt den Kopf aus der Schlinge ziehen will. Eine Neuverschuldung von CHF 40 Mio. pro Jahr kann keine Lösung sein. Ich weiss aber nicht, ob irgendjemand hier im Raum eine Lösung sieht. Auch die Finanzstrategie liefert keine Lösung, zeigt aber auf, dass sich die Stadt weiter verschuldet. Dies führt dann zu riesigen Problemen, wenn die Zinse wieder steigen, was irgendwann der Fall sein wird. Von mir aus gesehen ist die Stadt in einem Dilemma. Sie leidet unter stetem Mittelentzug. Klar kann über Subventionen gesprochen werden. Diese machen insgesamt aber kaum CHF 10 Mio. aus. Dennoch bleibt ein riesiger Fehlbetrag von CHF 30 Mio. oder CHF 40 Mio.. Wie soll dieser gedeckt werden? Über vernünftige Lösungen kann der Stadtrat diskutieren. Wenn aber alle städtischen Ausgaben gekürzt werden und am Schluss immer noch CHF 30 Mio. bis CHF 40 Mio. fehlen, um notwendige Investitionen tätigen zu können, sehe ich keinen Ausweg. Bisher habe ich noch keine Vorschläge für einen Ausweg aus diesem Dilemma gehört. Es gilt demnach sich zu überlegen, wie es zur aktuellen Situation kommen konnte. Wohnen in Biel nur arme Kirchenmäuse? Befindet sich Biel in einem Entwicklungsland, das sich nicht mehr finanzieren kann? Was steckt dahinter? Meine Schlussfolgerung (aber noch keine Lösung) ist: dem Staat wird systematisch Geld entzogen, und zwar mittels Wettbewerb zwischen den Gemeinden, den Kantonen, Staaten und Kontinenten! Dieser Wettbewerb wird die Gemeinwesen irgendeinmal erdrosseln. Dazu ist zu sagen, dass in der Schweiz und in Europa auf hohem Niveau gejammert wird. Andere Länder dieses Wettbewerbs haben keine Reserven und auch keine Bonität als Schuldner, um sich neu zu verschulden. Geht diese Austeritätspolitik so weiter, wird also der Staat durch den ständigen Wettbewerb immer weiter ausgehungert, können auch die Städte den Kopf nicht aus der Schlinge ziehen. Wie ich bereits zu Beginn der heutigen Sitzung gesagt habe, ist auch die USR III ein Schritt in diese Richtung, den wir uns nicht leisten können. Die USR III ist das falsche Mittel, um auf einen solchen Wettbewerb zu reagieren. In diesem Wettbewerb müssen andere Werte "verkauft" werden. Es ist falsch, hier den Discounter zu spielen. Ich sehe aber keine Lösung des Dilemmas. Das macht den Grünen genauso viele Sorgen wie den Bürgerlichen. Die Fraktion Grüne hofft, dass in der kommenden

Legislatur über Lösungen diskutiert werden kann, auch wenn ich diese im Moment echt nicht sehe.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich glaube, ich bin heute Abend im falschen Film. Das Budget wurde mit einem Defizit von CHF 9,7 Mio. ohne grosse Widerrede durchgewunken. Bei der Diskussion zum Finanzplan werden nun die riesigen finanziellen Probleme der Stadt angeprangert. Diese gibt es tatsächlich, deshalb hat die Fraktion SVP/Die Eidgenossen das Budget auch abgelehnt. Die Stadt hat so grosse Probleme, dass sich der Stadtrat eigentlich nicht erlauben kann, ein Budget mit einem Defizit von CHF 9,7 Mio. durchgehen zu lassen. Wer dies trotzdem tut, kann im Nachhinein nicht sagen, die finanzielle Situation sei dramatisch. Jedenfalls gehe ich nicht davon aus, dass wer ein Defizit von fast CHF 10 Mio. durchwinkt, die finanzielle Situation dramatisch findet. Zudem wurde gesagt, das Steuersubstrat sei ein Problem. Das mag sein. Aber die CEOs, die sich die Löhne verdoppeln sollen, während alle anderen weniger verdienen, sind nicht ein Problem des Bieler Steuersubstrats. Ich habe den Bieler Geschäftsbericht 2015 vor mir: 14'460 Steuerpflichtige versteuern ein Einkommen zwischen CHF 0.- und CHF 20'000.-. Diese Personen dürften nicht Vollzeit angestellt sein. In Biel wohnen einfach zu viele Personen, die praktisch keine Steuern bezahlen. Sie machen den grössten Teil der Steuerzahlenden aus. Im Weiteren zeigt der Geschäftsbericht 2015, dass 8'000 Personen ein steuerbares Einkommen zwischen CHF 20'000.- und CHF 40'000.- ausweisen, 6'500 Personen eines zwischen CHF 40'000.- und 60'000.-, 4'500 Personen eines zwischen CHF 60'000.- und 100'000.-. Nur 1'680 Personen weisen ein steuerbares Einkommen von über CHF 100'000.- aus. Interessant daran ist, dass diese Zahlen zwar immer noch schlecht sind, aber schon besser als 2010. In Biel wohnen halt einfach viele Personen, die praktisch kein Einkommen haben. Jede vierte bis fünfte natürliche steuerpflichtige Personen zahlt praktisch keine Steuern, das ist ein Problem. Es liegt aber nicht an den CEOs, die sich zu hohe Löhne zahlen sollen. Erstens stimmt diese Aussage nicht und zweitens hätte dies auch keinen Einfluss. Die Stadt hat also eigene Probleme. Und übrigens: die USR III wurde aufgegelist, weil die OECD und die EU Druck auf die Schweiz ausübten. Die Schweiz hat nicht von sich aus eine USR III erarbeitet, dahinter steht die EU mit ihrer Forderung nach einer Unternehmenssteuerreform. Die Linke will immer in die EU, aber dorthin kommen eben auch Probleme. Würde die Schweiz nicht immer auf die EU hören, hätte sie gar nichts tun müssen. Auch das ist eine Konsequenz - man kann sich immer auch selber belügen...

Gugger Reto, Fraktion BVP/CVP/BDP: Ich hatte das Vergnügen, den Finanzplan für die Fraktion BVP/CVP/BDP näher zu prüfen. Es gibt grundsätzlich Dinge, die von oben kommen und nicht beeinflusst werden können. Die Stadt muss versuchen, das zu beeinflussen, was in ihrem Einflussbereich steht. Die Fremdverschuldung nimmt zu, weil die Stadt ihre Investitionen nicht selber bezahlen kann. Spannend finde ich aber, dass die Zinslast dank der tiefen Zinssituation fast konstant bleibt. Deshalb findet die Fraktion BVP/CVP/BDP den Zeitpunkt für solche Investitionen gut. Jetzt, wo das Geld günstig ist, können aufgestaute Unterhalt und in den letzten Jahren unterlassene Investitionen nachgeholt werden. Gerade Investitionen in Schulraum, aber auch in Strassen und Kanalisationen, sind sicher sinnvoll. Wenn Biel attraktivere Schulen und ein allgemein schöneres Stadtbild mit weniger leeren Läden vorweisen kann, ändert sich vielleicht auch die Bevölkerungsstruktur. Dann haben vielleicht wieder mehr Menschen Lust, in Biel statt in den umliegenden Gemeinden zu wohnen.

Wenn die Stadt mehr Wohnraum zur Verfügung stellt, hat sie auch eine Chance, dass sich Neuzuziehende in Biel niederlassen. Wenn jetzt schlau investiert und primär darauf geachtet wird, das lokale Gewerbe zu berücksichtigen, bleibt das von der Stadt ausgegebene Geld aber zum Teil wieder bei den Unternehmen hängen und fließt nicht in Form von Steuern wieder zurück. Soweit mein Plädoyer, wenn immer möglich lokale Unternehmungen zu berücksichtigen. So bleibt das investierte Geld in der Stadt und in der näheren Umgebung. Die Stadt ist in einer schlechten Situation, das sieht auch meine Fraktion. Nun sollte sie aber das Beste daraus machen und nicht einfach alles abwürgen und gar nichts mehr investieren. Die tiefen Zinsen sollten dazu genutzt werden, die Stadt auf Vordermann zu bringen.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP: Der Stadtrat kann vom Finanzplan nur Kenntnis nehmen. Weil die baldige Abstimmung zur USR III so wichtig ist, möchte ich Herrn Scherrer noch etwas erklären. Es geht ja um die dritte Unternehmenssteuerreform. Die erste und die zweite Unternehmenssteuerreform hatten nichts mit der OECD oder mit der EU zu tun. Es waren schweizerische Projekte. Wenn nun die dritte Reform durchkommt, wird es eine vierte, fünfte und sechste Reform geben, bis das Volk einmal Nein sagt. Bis dahin wird sich immer jemand ein Stück vom Kuchen abschneiden wollen. Die OECD und die EU verlangen nur die Gleichbehandlung von schweizerischen und ausländischen Unternehmen. Das heisst, die Schweiz hat ein Steuergesetz, in welchem Schweizer Unternehmen Steuern nach dem Schweizer Recht zahlen. Demgegenüber haben ausländische Unternehmen Privilegien und bezahlen ihre Steuern nicht nach dem Schweizer Steuerrecht. Die OECD verlangt, dass alle Unternehmen gleich behandelt werden. Logisch wäre doch, dass alle Unternehmen ihre Steuern nach Schweizer Recht zahlen würden! Die USR III strebt aber das Gegenteil an und will die Schweizer Unternehmen ebenfalls von den Privilegien der ausländischen Unternehmen profitieren lassen. Herr Scherrer, wenn Flüchtlinge in die Schweiz kommen, möchten Sie ja auch, dass sie die hiesigen Regeln akzeptieren...

Bohnenblust Peter, FDP: Ich möchte festhalten, dass der Finanzplan und insbesondere der Anhang 1 (Liste aller Investitionsprojekte) wichtige Papiere sind. Darin wird ersichtlich, wieviel Positives in Biel getan wird. Wer die Liste durchgeht, kann stolz darauf sein, was mit dem investierten Geld getan werden soll. Ob es immer richtig eingesetzt wird, ist eine andere Frage. Es macht mir aber Angst zu sehen, welche Projekte mit Priorität drei, vier oder fünf aufgeführt sind. Ich fordere Sie auf, dies einmal detaillierter anzuschauen, auch wenn der Stadtrat den Finanzplan nur zur Kenntnis nimmt. Im Budget wurde der Sachaufwand um CHF 1,7 Mio. entlastet, dafür wurden in der Investitionsplanung höhere Beträge aufgenommen. Umso wichtiger ist die Liste im Anhang 1.

Mir fehlt ein Quervergleich mit anderen Gemeinden. Ich möchte damit nicht angeben, aber ein bisschen spüren, wie sich die Stadt und die umliegenden Gemeinden entwickeln. Vielleicht wird ein solcher Vergleich zukünftig etwas besser möglich, dies umso mehr, als HRM2 eher vergleichbare Zahlen liefert. Ich möchte eine Zahl zum Steuersubstrat erwähnen. Kürzlich stand in der Presse, in Biel sei 2013 eine durchschnittliche Bundessteuer von CHF 483.- pro steuerpflichtige Person bezahlt worden. Ich möchte Biel nicht mit Zug vergleichen, wo dieser Wert bei CHF 5'000.- lag... In vergleichbaren Städten lag der Durchschnitt aber zwischen CHF 800.- und

CHF 1'500.-. Das ist ein Indiz dafür, dass in Biel das Steuersubstrat tatsächlich schlecht ist. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, es ist ein grundsätzliches Problem.

Ich habe noch zwei Verständnisfragen: Auf Seite 1 der Liste aller Investitionsprojekte weist der Punkt "Zusammenzug nach Gruppen / Informatik" für die Vorschau 2016 CHF 1,622 Mio. aus, für das Budget 2017 CHF 3,77 Mio.. Diese Zunahme ist beängstigend. Wird das so weiter gehen? Welche wichtige Vorhaben führen zu dieser Zunahme? Ebenfalls auf Seite 1 werden die Drittfinanzierungen ausgewiesen, jedoch nur für die Jahre 2016 und 2017. Gehe ich richtig in der Annahme, dass es auch in den Folgejahren Drittfinanzierungen geben wird, diese aber noch nicht beziffert werden können? Das würde mich beruhigen... Ich hätte auch noch Fragen zur Seite 16 der Liste, welche die Investitionen in Spezialfinanzierungen ausweist. Aufgrund der vorgerückten Stunde verzichte ich heute aber darauf, diese zu stellen.

Güntensperger Nathan, GLP: Frau Augsburger-Brom, am städtischen Defizit und an der Unfähigkeit, die Investitionen selber zu finanzieren, ist nicht allein der Kanton schuld. Im Kanton Bern gibt es relativ viele Gemeinden, die ihre Finanzen im Griff haben. Die Stadt ist an ihren Problemen zu einem grossen Teil selber schuld. Herr Grupp, ich sehe momentan auch keine Lösung, das ist klar. Die Fraktion GLP verlangte aber in der vergangenen Legislatur immer, dass sich Sparmassnahmen und Steuererhöhung die Waage halten. Sie war bereit, für jeden eingesparten Franken eine Steuererhöhung im gleichen Umfang zu akzeptieren. Diesem Leitsatz blieb sie treu. Leider wollte die Linke nicht mehr sparen, ansonsten hätten die Steuern von mir aus noch stärker erhöht werden können. Für mich ist klar, dass die städtischen Finanzen nicht einseitig saniert werden können. Es kann nicht nur gespart werden, aber es können auch nicht nur die Steuern erhöht werden. Es hätte beides gebraucht. Dahinter hätte der ganze Stadtrat stehen sollen, dann wäre es gegangen. Schlussendlich wurde das Budget 2016 wegen CHF 400'000 bekämpft... Herr Scherrer, es stimmt schon, dass die OECD und die EU eine Unternehmenssteuerreform in der Schweiz verlangen. Deren Ausgestaltung liegt aber an uns. Ich kann Ihnen versichern, dass auch ich persönlich die USR III bekämpfen werde.

Briechele Dennis, GLP: Ich habe eine Anmerkung zur Liste der Investitionsprojekte. Als der Stadtrat über den Einbau der Tagesschule Sahligut sprach, stellte sich die Fraktion GLP gewisse Fragen zu den in der Investitionsrechnung vorgesehenen Gesamtkosten von ungefähr CHF 49 Mio.. Die zuständige Gemeinderätin versprach mir damals, dieser Betrag sei ein Planungsfehler. Die aktuelle Finanzplanung enthält aber wieder die gleichen Zahlen. Deshalb frage ich mich, wie verlässlich die Liste der Investitionsprojekte überhaupt ist. Ist sie stark fehlerbehaftet und damit nicht wirklich hilfreich? Muss damit gerechnet werden, dass die Beträge relativ zufällig festgelegt wurden?

Steidle Silvia, directrice des finances: Le plan financier est un aperçu de l'évolution probable des finances de la commune pour les quatre à huit prochaines années. Les hypothèses de planification des évolutions et changements prévisibles y sont, selon l'état de nos connaissances, décrites de manière aussi réaliste que possible. L'importance du plan financier est plus haute que le budget, étant donné que ce dernier n'est qu'un instantané de la situation. Je vais essayer de donner des

explications aux questions posées mais il faut tenir compte du fait qu'il ne s'agit que d'un plan et d'extrapolations.

Monsieur Güntensperger concernant les comptes de résultat provisionnel pour les années 2017 à 2020, en effet les charges du personnel et de bien de services augmentent entre 2017 et 2018 dans le haut du tableau (page 8). Le budget détaillé pour l'année 2018 n'étant pas encore élaboré et les mesures NHS n'étant pas comprises dans ces charges, une augmentation est prévisible. Cependant, vous pouvez voir que les valeurs de planification découlant des mesures NHS en bas du tableau sont, si on peut le dire ainsi, déduites pour les années 2018 et suivantes.

Deux projets informatiques très importants (Data management system et remplacement du parc informatique) vont nécessiter un investissement conséquent et donc amputer les finances de la Ville, Monsieur Bohnenblust. Les contributions de tiers, à partir de 2018, ne figurent pas au budget, mais sont calculées dans le plan des investissements, car le Conseil municipal n'a pas la planification détaillée actuellement. La comparaison des chiffres clés avec ceux d'autres villes seront disponibles avec le bouclage 2016. Ils seront publiés par l'Office cantonal de la statistique, dès août 2017. Le Département des finances regardera aussi dans quelle mesure ils devraient être aussi repris dans le présent rapport.

Plusieurs parlementaires se sont exprimés sur les conséquences de la RIE III. La Direction des finances n'a jamais caché que des pertes massives seront enregistrées, même s'il n'est pas encore possible de les chiffrer. Ces dernières devront être compensées au niveau des rentrées. Le Conseil municipal a représenté, dans son rapport, les pertes qui résultent de la baisse du taux maximal d'imposition du bénéfice des cantons, mais ce n'est qu'une partie minime des pertes globales, qui sont estimées à environ 13 mio. fr., à partir de 2021. Le Conseil municipal informera le Conseil de Ville de manière plus précise l'année prochaine dans le rapport relatif au plan financier.

L'introduction du nouveau modèle comptable change fondamentalement la méthode de dépréciation des investissements. Le patrimoine administratif est désormais amorti linéairement, je l'ai déjà expliqué à plusieurs reprises, tout au long de la durée d'utilisation prédéfinie et elle commence avec la réalisation de l'objet. C'est la raison pour laquelle la Direction des finances compte avec un volume de réalisation de 20 mio. fr., malgré des investissements annuels de 40 mio. fr., respectivement 50 mio. fr. si on prend également les comptes spéciaux. C'est la même chose pour les investissements liés à des financements spéciaux. Cela ne correspond pas toujours au montant qui est dans le financement spécial.

Madame Strobel, le Conseil municipal met actuellement en place des outils, disponibles pour la prochaine planification, qui lui permettront de piloter les investissements et d'optimiser encore les ressources à l'avenir. Le cumul d'investissements retardés, qui croît chaque année, sera l'objet d'une priorisation.

Monsieur Güntensperger vous avez encore posé la question concernant les revenus extraordinaires, qui proviennent effectivement de la dissolution du financement spécial de patrimoine ESB. Vous trouvez une très courte description dans "L'essentiel en bref" à la page 3 du rapport du Conseil municipal. Cette nécessité est prescrite par

le Canton et elle génère les montants que vous avez soulevés. Ces revenus sont sans incidence sur les liquidités et ceci à partir de 2018, cinq ans après la constitution de ces réserves. Ils ne sont donc pas des prélèvements sur le financement spécial "Gains comptables", mais ce sont d'autres revenus extraordinaires. Cette année un chapitre spécial du plan financier est consacré à la question de l'endettement, dont l'endiguement représente un défi politique majeur, vous l'avez soulevé Monsieur Suter, pour les années à venir. Vous aurez la possibilité d'en débattre prochainement en traitant l'intervention 20160111 "Frein à l'endettement conforme au MCH2 pour la Ville de Bienne". Je vous remercie pour vos remarques et critiques et pour la prise de connaissance du plan financier 2017-2021

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, gestützt auf Art. 54 Ziff. 3 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **beschliesst:**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2017 - 2021.
2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Investitionsplanung 2017 - 2021.

137. Dringliches Postulat 20160150, Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, "Neue Stellen in der DSS: ja, aber wie..."

(Text des dringlichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste: Selon la réponse du Conseil municipal, la réorganisation du Département des affaires sociales touche à sa fin. Il est clair que cette réorganisation n'a rien amenée, on peut même parler de coquille vide! Plusieurs nouveaux concepts et nouvelles procédures, mais quels sont les actes concrets? Cette réorganisation n'a amené aucun résultat pour les bénéficiaires de l'aide sociale. Je me suis renseignée auprès d'assistant(e)s sociaux de la Ville de Bienne. La réponse: "*Le nouveau concept ressemble très fortement à l'ancien, avec toujours autant de bureaucratie. Je croyais qu'on allait voir ce qu'on allait voir. Il existe certes la volonté d'améliorer des choses, mais on brasse de l'air*". D'ailleurs plus rien ne freine ces fameuses baisses du taux d'aide sociale à Bienne, puisque les postes ont été libérés par le Conseil municipal pour le 1^{er} mai 2016. Des postes que l'on peut mettre au concours pour le 1^{er} mai et un seul et unique poste était occupé en date du 15 septembre 2016. Aujourd'hui, un mois plus tard, vous m'avez dit, Monsieur le Conseiller municipal, qu'il ne manquait plus qu'une seule personne pour que tous les postes soient repourvus. J'espère que c'est le cas et que ces personnes ne resteront pas seulement une année. Je continue, malgré votre réponse, de me poser des questions car le nouveau modèle prévoit plus de délégation de la part des assistant(e)s sociaux, mais pour les bénéficiaires de l'aide sociale cela ne leur assure pas de nouvelles solutions. Je rappelle, qu'il y a quelques

mois, la majorité de ce Conseil de Ville a décidé de diminuer drastiquement le nombre d'assistant(e)s sociaux au Service spécialisé de l'intégration professionnelle, alors que la meilleure manière de sortir de l'aide sociale est de retrouver un emploi, avec une perspective pour son avenir. Ce service était spécialisé dans la réinsertion professionnelle. Dommage!

Les prochains délais, deux ans pour atteindre les objectifs, trois ans pour avoir un compte-rendu exhaustif de l'atteinte ou non de ces derniers. J'espère, en tout cas, que la réorganisation sera plus claire que le chemin reçu. Il faut dire très vite, que ce postulat est réalisé. Je peux dire, que j'ai obtenu quelques réponses, mais que répondre par rapport à cette coquille vide de réorganisation? Pour ma part, comme la diminution du nombre de bénéficiaires me tient également à cœur, je continuerai de suivre cette question de près.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Manchmal ist es für mich akustisch schwierig, allen Voten folgen zu können. Ich hoffe, ich habe Frau Jean-Quartiers Hauptargumente verstanden. Wenn ich richtig verstanden habe, ist sie unzufrieden mit dem Verlauf der Reorganisation. Ich möchte daran erinnern, dass der Gemeinderat diese Reorganisation vor rund anderthalb Jahren in Auftrag gab. Vorgabe war, die Reorganisation innerhalb eines Jahres zu konzipieren. Dieses eine Jahr war eine anspruchsvolle Zeitlimite, die mit einer Überschreitung von drei Monaten fast eingehalten werden konnte. Heute läuft die Umsetzungsphase. Die vom Gemeinderat bewilligten Stellen wurden ausgeschrieben und bis auf die Stelle einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters besetzt. Ich nehme an, Sie kennen den Arbeitsmarkt in diesem Bereich. Auf ein Inserat folgen keine zehn guten Bewerbungen... Solche Stellen zu besetzen braucht Zeit. Der Gemeinderat ist aber auf Kurs. Zur Reorganisation fand eine Stadtratsinformation statt, die Frau Jean-Quartier leider nicht besuchte. Dort wurde detailliert und viel weitergehend als in der vorliegenden Beantwortung informiert. Auch konnten Fragen gestellt und ausführlich beantwortet werden. Während der Reorganisation wurden die Prozesse umfassend analysiert und Optimierungspotenzial wurde aufgezeigt. Zum Teil wurden die Prozesse neu zusammengestellt. In der Umsetzung wird nun die Fallsteuerung eingeführt und verbessert, das interne Kontrollsystem (IKS) wird angegangen. Wie Sie wissen, war IKS ein Thema der Dossierkontrolle durch den Spezialisten. IKS ist sehr wichtig, und zwar nicht nur für die Mitarbeitenden, sondern auch für die Sozialhilfebeziehenden. Wenn Prozesse optimiert werden, muss auch sichergestellt werden, dass sie richtig umgesetzt werden und die gewünschte Verbesserung eintritt. Ist dies nicht der Fall, sind nicht nur Mitarbeitende betroffen, sondern immer auch Sozialhilfebeziehende und damit die Wirkung der Sozialhilfe oder die wirtschaftliche Integration. Mit der Reorganisation wurden hauptsächlich die Möglichkeiten der Sozialarbeitenden verstärkt, indem ihnen administrative Mitarbeitende zur Seite gestellt wurden. So müssen Sozialarbeitende weniger Arbeiten erledigen, für die sie eigentlich nicht ausgebildet sind. Sozialarbeitende sollen befreit werden von Nebentätigkeiten, damit sie verstärkt, optimiert und zielorientiert mit den Sozialhilfebeziehenden arbeiten können. Ziele sind eine kürzere Bearbeitungsdauer, schnellere wirtschaftliche Integration, Kostenreduktion. Dazu hat die Direktion klare Indikatoren gesetzt. Um diese messbar zu machen, reichen zwei Monate nicht. Das wäre nicht seriös. Um zu messen, ob die Stadt besser wird als der kantonale Durchschnitt, sind ein bis zwei Jahre nötig. Dieser Zeithorizont ist vernünftig, um glaubhafte und nachvollziehbare Aussagen zu ermöglichen. Aus Sicht des

Gemeinderats geht die Reorganisation der Abteilung Soziales in eine gute Richtung. Die Mitarbeitenden wurden sehr umfassend einbezogen. Sie konnten mitwirken und ihre Anliegen einbringen. Die Reorganisation wurde nicht top down veranlasst. Das Fachwissen der Mitarbeitenden floss massgeblich ein und wurde berücksichtigt. Der Gemeinderat empfiehlt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben. Seiner Meinung nach ist der vorliegende Vorstoss auch eher eine Interpellation als ein Postulat. Was hinter den Fragen zu stehen scheint, hat der Gemeinderat aber geprüft und zum Teil sogar schon umgesetzt.

Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste: On parle de processus, on parle de concept mais il faut être clair, rien n'avance. Vous savez ce que l'on dit des assistant(e)s sociaux de Bienne? Ils et elles travaillent parfaitement à Bienne deux ans, durant lesquelles ils et elles apprennent les processus parfaitement. Ces assistant(e)s sociaux travaillent en direct avec des client(e)s pendant ces deux années, puis partent dans d'autres communes appliquer les processus et les concepts.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

138. Postulat 20160080, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Einführung einer erweiterten "Handwerker-Parkkarte"»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, SVP: Mit dem vorliegenden Vorstoss verlangte ich die Einführung einer erweiterten Handwerkerparkkarte. Über die bestehenden Parkkarten hinaus wäre es damit den Handwerkern möglich auch auf nicht offiziellen Parkfeldern so nahe als möglich bei ihrem Einsatzgebiet zu parkieren. In der Stadt Thun wurde eine ähnliche Handwerkerparkkarte mit grossem Erfolg eingeführt. Innerhalb weniger Monate wurden über 1'000 solcher Parkkarten verkauft. Die Erfahrungen damit fielen durchwegs positiv aus. Natürlich bedeutete eine solche erweiterte Handwerkerparkkarte auch ein finanzieller Zustupf an die Stadtkasse, was der Stadt sehr gut täte. Ich bin nicht überzeugt, dass mein Postulat auch genügend gut geprüft wurde. Mir fehlt in der Beantwortung zum Beispiel der finanzielle Aspekt. Auch wird die Möglichkeit zu wenig beleuchtet, ob die bestehende Handwerkerparkkarte ausgeweitet werden kann. Deshalb **beantrage** ich dem Stadtrat, **das Postulat erheblich zu erklären**, um vertiefte Abklärungen zu ermöglichen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Besten Dank für diese kurze Diskussion zu einem weltbewegenden Thema. Die Position des Gemeinderats ist relativ klar. Die Situation ist in Thun anders als in Biel. Ich möchte nicht die ganze Beantwortung vorlesen. Somit ganz kurz: In Thun wie in Bern gibt es Fahrzeuge, die als sogenannte fahrende Werkstätten dienen. Nur diese kommen in den Genuss der in der Beantwortung erwähnten Parkkartenlösung. In Biel können Handwerker auch ohne speziell ausgestattetes Fahrzeug eine Handwerkerkarte lösen. Es ist also eine andere Klientel. Auch die Parkierungssituation ist eine andere. In den Innenstädten

Thuns und Berns gibt es vergleichsweise weniger Parkplätze als in Biel. Zudem hat Biel kein Problem mit Handwerkern, gingen doch bisher keine Reklamationen ein. Ein einfaches Beispiel: Wenn ein Maler eine Wohnung neu streichen muss, kann er vor das betreffende Haus fahren, ausladen und sein Fahrzeug dann in der Nähe parkieren. Sollte er sein Fahrzeug ausnahmsweise unmittelbar am Einsatzort brauchen, kann er bereits heute eine Sonderbewilligung einholen. Ihm stehen also alle Möglichkeiten offen. Deshalb empfiehlt der Gemeinderat, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Baltzer Niklaus, SP: Eigentlich wollte ich vor dem Gemeinderat sprechen, kam aber zu spät. Auch ich bin für die Nichterheblicherklärung des Postulats, denn ich finde, in Biel sollten nicht zu viele Sonderprivilegien geschaffen werden. Ich habe aber noch ein anderes Anliegen: letzten Donnerstag fuhr ich mit dem Velo vom Bahnhof über den Neumarktplatz nach Hause. Die Ampel stand auf rot. In der Regel sammle ich immer alte Aludosen ein, weil ich aber anhalten musste, sah ich ein Papier am Boden liegen, das aussah wie eine Parkbusse. Ich nahm es mit und stellte fest, dass es sich um Tagesparkkarten für die blaue Zone handelte. Ich habe sie heute mitgebracht. Sie sind noch quasi neu und man kann darin eintragen, an welchem Datum sie gelten sollen. Eine solche Tageskarte kostet meines Wissens CHF 7.-. Ich brauche sie selber nicht und möchte sie gerne Frau Schneider schenken, damit sie sie einem armengemässigen Handwerker weitergeben kann. *(Gelächter, Applaus)*

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Schneider, das Postulat erheblich zu erklären.

Der Antrag wird abgelehnt.

139. Postulat 20160079, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Kunsteinkäufe beschränken"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Schneider Sandra, SVP: Danke, Herr Baltzer, für die Tagesparkkarten. Das ist eine sehr kreative Idee. Doch nun zum vorliegenden Vorstoss, mit welchem ich die städtischen Kunsteinkäufe auf CHF 20'000 pro Jahr beschränken möchte. In der Beantwortung wird ausgeführt, dass die Kunstkommission ihre Einkaufsstrategie geändert hat, was sehr erfreulich ist. Unter anderem wurde beschlossen, dass kaum mehr nicht-regionale Kunstschafter unterstützt werden, was ich sinnvoll finde. Trotzdem bin ich überzeugt, dass weiteres Sparpotenzial vorhanden wäre. Ich sehe aber auch ein, dass es jetzt nichts bringt, eine Budgetkürzung zu forcieren. Die neue Strategie muss jetzt erst mal fruchten. Deshalb bin ich mit dem Antrag des Gemeinderats vorerst einverstanden und danke für die Beantwortung.

Baltzer Niklaus, SP: Ich möchte mir einen Kommentar zu diesem Postulat erlauben. Frau Schneider verlangte eine Kürzung der Ausgaben für Kunsteinkäufe von CHF 100'000 auf CHF 20'000. Das wäre eine Kürzung um 80%. Nun könnte gesagt werden, diese Kürzung betreffe niemanden. Das wäre meines Erachtens ein falscher Ansatz. Die Kunstbeiträge sollen - zumindest nach dem neuen Konzept - an Kunstschafter gehen, die hier leben und arbeiten. So gesehen wollte Frau Schneider die Subvention von hier ansässigen Kunstschaftern von CHF 100'000 auf CHF 20'000 herabsetzen. Ich finde das hart, bedenkt man, welcher Kunstbegriff dahintersteckt. Für mich kommt das Postulat dennoch nicht ganz unerwartet. Ich weiss, dass der Kopf der SVP Schweiz zu den grösseren kunsteinkaufenden Mäzenen gehört und viele Ankerbilder kauft... Im Mittelalter und bis vor ungefähr 100 Jahren förderten vor allem die Reichen Kunst. Fürsten, Adlige und Bürger. Diese Zeit endete spätestens mit den beiden Weltkriegen. Mit einem Mal hatten die Reichen nicht mehr zuviel Geld. Deshalb wird seither die Kunst auch vom Staat finanziert. Damit ging auch eine gewisse Demokratisierung einher. Die neuerliche Umkehr zum Mäzenentum, wie sie das vorliegende Postulat implizit fordert, ist kein guter Weg für unsere Demokratie. Ich finde, wir sollten nicht zum "System Putin" zurückkehren. Die Schweiz ist eine Demokratie und eine Demokratie sollte gewisse Aufgaben auch bezüglich der Kunst wahrnehmen. Das sollte ernst genommen und nicht mit Postulaten wie dem vorliegenden mit Füssen getreten werden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

140. Interpellation 20160081, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Neumarktplatz: wie weiter?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Interpellation. Sicher gibt sie einige wichtige Hinweise, die für mich zentral sind, insbesondere was die Nutzung des Neumarktplatzes anbelangt. Ich bin nicht sehr glücklich darüber, dass dieser Platz nicht saniert werden konnte, aber das ist nicht Gegenstand dieser Interpellation. Befremdet hat mich die letzte Antwort auf meine Frage, in welcher die Partizipation schöngeredet wird. Diesbezüglich pflichte ich dem Gemeinderat nicht bei. Trotzdem bin ich von der Beantwortung befriedigt.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Damit schliesse ich die Sitzung und wünsche allen eine gute Nacht.

141. Neueingänge / *Nouvelles interventions*

20160274	Dringliches überparteiliches Postulat Jeremias Ritter, GLP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Reto Gugger, BDP, Andreas Sutter, BVP	DSS
	Terminvereinbarung beim Einwohnerdienst Fixation de rendez-vous aux Services des habitants	
20160275	Überparteiliche Motion Dennis Briechle, GLP, Nathan Güntensperger, GLP, Dana Augsburger-Brom, SP, Peter Bohnenblust, FDP, Pascal Fischer, Die Eidgenossen, Christoph Grupp, Grüne, Reto Gugger, BDP	STK
	Initiativrecht: Mehr Mitsprache-Zeit für den Stadtrat Droit d'initiative: davantage de temps de codécision pour le Conseil de ville	
20160276	Motion Pascal Fischer, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	FID
	Erhaltungsfonds für städtische Bauten Fonds de conservation pour les bâtiments municipaux	BEU
20160277	Überparteiliches Postulat Ruth Tennenbaum, Passerelle, Christoph Grupp, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Jeremias Ritter, GLP	DSS
	Leitlinien für die Mitarbeitenden und für die Erbringung von Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste Services des habitants et services spéciaux: lignes directrices pour les collaboratrices et collaborateurs et concernant la fourniture des prestations	PRA
20160278	Überparteiliche Interpellation Reto Gugger, BDP, Nathan Güntensperger, GLP	BKS
	Staatskundeunterricht an den Schulen Cours d'instruction civique dans les écoles	STK
20160279	Überparteiliche Interpellation Reto Gugger, BDP, Pascal Bord, PRR	BKS
	Gleichbehandlung bei der Sprachförderung für alle Kinder Égalité de traitement de tous les enfants quant à l'apprentissage des langues	

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:35 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Hadorn Werner

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Meister Katrin

Bouhraoua Samia

Procès-verbal:

Bernardino Floriane

Kirchhof Claire-Lise